

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 15/2018 09. April 2018

AKTUELLES

Jeder Vierte bricht Lehre ab – DGB warnt vor abgehängter Generation	2
Projekt hilft perspektivlosen Jugendlichen	4
Zahl der Studenten ohne Abitur steigt weiter.....	5
Knapp jeder siebte Minderjährige auf Hartz IV angewiesen	7
Meldesystem für antisemitische Vorfälle an Schulen umstritten	8
Digitalministerin: Schüler brauchen Tablet, Sportsachen und Schulbrot	9
Sinti und Roma: Beiträge zur europäischen Kultur würdigen	10

KULTURPOLITIK

Kommunist und Kunstliebhaber – wo ist die Sammlung Fuchs?	11
Streit um Erweiterung des Gutenberg-Museums entzweit die Mainzer	14
Deutsche Theater- und Orchesterlandschaft soll auf Unesco-Liste	16

BERUF UND WEITERBILDUNG

Pflege-Personalmangel: Spahn will mehr ausländische Fachkräfte	18
Polizeiberuf sehr gefragt – Bewerberrekord	19

FORSCHUNGSPOLITIK

Eine Strickleiter für die Genforschung: 65 Jahre DNA-Struktur	22
Gemüsezücht in der Antarktis – und bald im All?	24

HOCHSCHULE

Professuren sind in NRW eine Männer-Domäne	28
Gründung eines Islam-Instituts in Berlin heftig umstritten	29

SCHULE

NRW erprobt Schulleitung in Teilzeit	33
Niedersachsen ermöglicht Schulen späteren Unterrichtsstart	35

VORSCHULE

Niedersachsen und Hessen auf dem Weg zur gebührenfreien Kita	38
--	----

TERMINE

.....	42
INHALT (GESAMT)	46

Verantwortlich: Kirsten Baukhage | +49 30 2852 32275
dossier.bildungsforschung@dpa.com

AKTUELLES

Jeder Vierte bricht Lehre ab – DGB warnt vor abgehängter Generation

Berlin (dpa) – Mehr als jeder vierte Auszubildende bricht seine Lehre vorzeitig ab. Laut einem Entwurf des neuen Berufsbildungsberichts betrug die Abbrecherquote zuletzt 25,8 Prozent. Die Zahl stammt aus dem Jahr 2016. Es ist der höchste Wert seit Anfang der 1990er Jahre. 146 376 Ausbildungsverträge wurden vorzeitig gelöst. Der Entwurf lag der Deutschen Presse-Agentur am 4. April in Berlin vor. Die „Süddeutsche Zeitung“ hatte zuerst darüber berichtet.

Sogar mehr als jeder zweite Azubi bricht die Lehre als Fachkraft für Schutz und Sicherheit ab (50,7 Prozent), gefolgt von Restaurantfachleuten (50,6). Bei Köchen sind es 48,6 Prozent, bei Fachkräften im Gastgewerbe 43,4 Prozent, bei Hotelfachleuten 40,8 Prozent. Quoten von über 45 Prozent werden auch bei angehenden Fachkräften für Möbel-, Küchen- und Umzugsservice (49,8 Prozent), Gebäudereinigern (49,7), Friseuren (49,6), Gerüstbauern (47,9) und Berufskraftfahrern (46,2 Prozent) verzeichnet.

Schon der jüngste Ausbildungsreport des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) hatte gezeigt: Tausende Azubis klagen über Probleme wie viele Überstunden, ausbildungsfremde Tätigkeiten oder schlechte Berufsschulqualität.

Gründe: Schlechte Ausbildung – falsche Vorstellungen

Der neue Entwurf für den Regierungsbericht zur Berufsbildung nennt unter Berufung auf Studien als Gründe für einen Abbruch: Konflikte mit Ausbildern, mangelnde Ausbildungsqualität, ungünstige Arbeitsbedingungen oder falsche Berufsvorstellungen. Betriebe führten mangelnde Leistungen und Motivation der Azubis an. Aber auch die größere Chance der Betroffenen, einen anderen Ausbildungsplatz zu finden, könne einen Abbruch begünstigen.

Eins ist nämlich auch klar: Das Angebot an Ausbildungsstellen ist unterm Strich groß. Zwar bieten etwas weniger kleine Betriebe einen Platz an, die Quote der Betriebe mit Azubis ist unter ein Fünftel gerutscht. Doch die Zahl der Ausbildungsplatzangebote stieg vergangenes Jahr um 8500 auf 572 200 Stellen. Bis Ende September 2017 wurden 523 300 Verträge neu abgeschlossen – 3000 mehr als im Vorjahr.

Doch passen Angebot und Nachfrage nicht immer zusammen: Die Zahl unbesetzter Stellen stieg auf knapp 49 000 – die der unversorgten Bewerber.

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 15/2018 09. April 2018 - AKTUELLES

ber auf 24 000. Der Entwurf für den Regierungsbericht ruft Azubis zu mehr Mobilität und Flexibilität auf.

Mehr als die Hälfte der Abbrecher wechselt in andere Ausbildung

„Über die Hälfte der Vertragslösungen sind keine endgültigen Ausbildungsabbrüche, sondern gehen mit einem Wechsel des Ausbildungsbetriebes oder des Ausbildungsberufs einher“, betonte Arbeitgeberpräsident Ingo Kramer.

DGB-Vize Elke Hannack kritisierte: „Viele steigen vorher aus, da sie mit der kargen Vergütung nicht über die Runden kommen.“ Die im Koalitionsvertrag enthaltene Mindestvergütung für Azubis wäre ein wirksames Instrument gegen Ausbildungsabbrüche, meinte Hannack. „Die Koalition muss sie schnell umsetzen.“

Kramer hingegen meint, zwischen Ausbildungsvergütung und Vertragslösungsquote bestehe kein Zusammenhang. „Die durchschnittliche tarifliche Ausbildungsvergütung bei Köchen und Restaurantfachkräften, die überdurchschnittlich hohe Lösungsquoten aufweisen, liegt in Westdeutschland bei 784 Euro monatlich, in Ostdeutschland bei 669 Euro und damit jeweils im mittleren Bereich.“

Der Generalsekretär des Zentralverbands des Deutschen Handwerks (ZDH), Holger Schwannecke, betonte: „Wir im Handwerk wollen Fachkräfte qualifizieren und an uns binden.“ Auch der ZDH wies auf die Wechsler hin, die ihre Ausbildung in einem anderen Betrieb fortsetzten.

Schwannecke sagte auch: „Die in jüngster Zeit zunehmende Vertragslösungsquote ist auch auf die steigende Zahl von geflüchteten Auszubildenden zurückzuführen.“ Sprachdefizite und unzureichende Kenntnisse in Rechnen, Schreiben und Lesen führten zu Problemen vor allem in der Berufsschule und zu Ausbildungsabbrüchen.

DGB: Schulen bereiten zu wenig auf Ausbildung vor

Hannack wies noch auf ein anderes Problem hin: „Jahr für Jahr schaffen mehr als 140 000 junge Menschen nicht den Sprung von der Schule in die Ausbildung.“ Ihnen drohe prekäre Beschäftigung oder Arbeitslosigkeit. „Besonders dramatisch ist die Lage auf dem Ausbildungsmarkt im Ruhrgebiet, in den mittleren Städten Hessens und Niedersachsens sowie im Norden Schleswig-Holsteins und Nordosten Brandenburgs“, sagte sie. „Wir dürfen nicht zulassen, dass in Oberhausen, Bochum, Hameln, Flensburg oder Eberswalde eine abgehängte Generation heranwächst.“

Basil Wegener (Berlin)

Internet:

- SZ-Artikel <http://dpaq.de/O9AO8>
- DGB-Reaktion <http://dpaq.de/7jFRL>
- BDA-Reaktion <http://dpaq.de/FnFja>
- Datenreport zum Berufsbildungsbericht <http://dpaq.de/B8E4p>

Projekt hilft perspektivlosen Jugendlichen

Kassel (dpa) – Schule abgebrochen, keine Arbeit, daheim eine kranke Mutter – für den 23-Jährigen aus Kassel war das Leben quasi vorbei, bevor es richtig begonnen hatte. Doch dann kam Lola und änderte alles. Heute sitzt der junge Mann im Büro der gemeinnützigen Outlaw GmbH in Kassel und erzählt von seinem qualifizierenden Hauptschulabschluss mit dem Notenschnitt 1,2 und seiner eigenen Wohnung. Seinen Namen möchte er nicht veröffentlichen, denn er steht wieder mitten im Leben, hat einen Ausbildungsplatz.

Lola ist kein Mädchen, sondern das „Lokale Netzwerk Lernen und Arbeiten“ der Outlaw gGmbH. Das nordhessische Projekt wurde bereits mit dem hessischen Förderpreis „Jugend in Arbeit“ ausgezeichnet, aufgrund seines Erfolg immer wieder verlängert und wird nun ausgebaut. Lola kümmert sich um junge Menschen mit Schulden, ohne Wohnung, sozial isoliert oder mit Drogen-Problemen.

In Hessen existieren einige solcher Fälle: Laut der Bundesagentur für Arbeit in Frankfurt waren im Arbeitslosengeld-II-Bereich zuletzt in der Altersgruppe 15 bis 25 Jahre 8249 Menschen ohne abgeschlossene Berufsausbildung registriert. 3500 davon haben keinen Hauptschulabschluss.

Schulabbrecher brauchen Hilfe bei verschiedenen Problemen

Der 23-Jährige aus Kassel gehörte dazu. „In die Schule bin ich nur gegangen, wenn ich nichts zu zocken und nichts zu tun hatte“, erzählt er. Seine pflegebedürftige Mutter habe nachts vor Schmerzen geschrien, mit deren Lebensgefährten habe es nur Stress gegeben. Ihm sei damals alles „konsequent egal“ gewesen. Nach einem Besuch im Jobcenter kam er 2015 zu Lola.

Das Netzwerk entstand 2006 als lokales Projekt. Eigentlich war es für die Nordstadt, ein Problemstadtteil in Kassel, entwickelt worden. 30 Plätze hatte Lola bisher. Da die Fluktuation groß ist, konnten rund 100 Betroffene im Jahr betreut werden. Nun wurde die Zahl der Plätze auf 39 erhöht. „Es handelt sich um ein Fallmanager-Modell: Betroffene erhalten eine intensive Betreuung durch Sozialpädagogen“, sagt Ullrich van Leeuwen, Leiter des

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 15/2018 09. April 2018 - AKTUELLES

Projektbüros beim Jobcenter Kassel. Das finanziert Lola mit nun 470 000 Euro im Jahr.

Das Projekt gab dem 23-jährigen Kasseler, was ihm fehlte: einen geregelten Tagesablauf, Bildung, Sport und Freizeit mit anderen. „Man wird Teil einer Gruppe, Teil des sozialen Lebens“, sagt der junge Kasseler. 30 Stunden pro Woche verbringen die Lola-Teilnehmer und ihre Betreuer zusammen. Auf sechs Betroffene kommt ein sogenannter Lotse. Die Betreuer halfen dem 23-Jährigen beispielsweise, vom Amt eine Wohnung bezahlt zu bekommen, um dem schwierigen Elternhaus zu entrinnen.

Nach eineinhalb Jahren war mit Lola für ihn Schluss: Der 23-Jährige verließ das Projekt, wurde aber zunächst weiter betreut. Er machte den Hauptschulabschluss und begann eine Ausbildung in einem Gartencenter. Ohne Lola wäre er nicht dort, wo er heute stehe, sagt der 23-Jährige.

Bei einem Fünftel der Teilnehmer kein Erfolg

So erfolgreich ist allerdings nicht jeder Lola-Teilnehmer. Der Begriff „Erfolg“ sei bei jedem Betroffenen anders zu definieren, sagt van Leeuwen. Manchmal könne es auch eine Therapie sein, die nach Lola folge. Völlig ohne Ergebnis verließen aber nur ein Fünftel der Teilnehmer das Angebot.

Beim Jobcenter ist man sich sicher, dass das Geld für Lola gut investiert ist. Die Kosten und sozialen Leistungen für einen jungen Menschen, der dauerhaft für den Arbeitsmarkt verloren ist, seien ungleich höher.

„Eine Investition in Schulabschluss und Ausbildung ist für die Betroffenen eine Investition in die Zukunft und ein Schutz vor Arbeitslosigkeit“, sagt auch Angela Köth, Sprecherin der Bundesagentur für Arbeit in Hessen. Obwohl die Arbeitslosenquote Ungelernter in den vergangenen drei Jahren gesunken sei, sei das Risiko von Ungelernten sechsmal so hoch wie für Personen mit einer abgeschlossenen beruflichen Ausbildung.

Göran Gehlen (Kassel)

Internet:

- Projekt Lola in Kassel <http://dpaq.de/zarRz>

Zahl der Studenten ohne Abitur steigt weiter

Berlin (dpa) – Die Zahl der Studenten ohne Abitur ist auf einem Rekordhoch: Im Jahr 2016 studierten in Deutschland rund 56 900 Menschen ohne allgemeine Hochschulreife oder Fachhochschulreife – mehr als doppelt so viele wie 2010. Das geht aus einer aktuellen Erhebung des CHE Centrums für Hochschulentwicklung hervor. Allerdings machen sie gerade einmal 2,6

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 15/2018 09. April 2018 - AKTUELLES

Prozent der Studienanfänger aus, unter allen Studierenden liegt ihr Anteil bei genau zwei Prozent.

Die Möglichkeit, sich über den sogenannten dritten Bildungsweg per Berufspraxis für ein Studium zu qualifizieren, existiert deutschlandweit seit fast zehn Jahren. So kann etwa die Note der Meister- oder Fachwirtprüfung die Abitur-Note bei der Bewerbung um einen Studienplatz ersetzen.

Der jüngste Zuwachs sorgt im Bundestag für unterschiedliche Reaktionen. Kai Gehring, der hochschulpolitische Sprecher der Grünen-Fraktion, hält die Zahlen noch für zu niedrig und kritisiert die unterschiedlichen Zulassungsregeln der einzelnen Bundesländer: „Zum durchlässigen #Bildungssystem ist es noch weit“, twitterte Gehring am 5. April. Sein AfD-Kollege Götz Frömming sieht die Entwicklung hingegen skeptisch und beklagt bei Twitter ein allgemein sinkendes Bildungsniveau: „Das Gymnasium wird zur Hauptschule, die #Universität zur Volksschule.“

Etwas mehr Männer als Frauen wagen Studium ohne Abitur

55 Prozent der Studienanfänger ohne Abitur wählen laut CHE ein Fach aus den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Jeder Fünfte studiert Ingenieurwissenschaften. Auch in Fächern mit beschränkter Zulassung wie Medizin und Pharmazie ist für sie ein Studium möglich. So haben 700 von insgesamt 107 000 Medizinstudenten kein Abitur.

„Die Kombination von Berufs- und Hochschulbildung wird immer mehr zum Normalfall“, sagte CHE-Geschäftsführer Frank Ziegele. „Gelernte Krankenpfleger oder Handwerksmeisterinnen sind heute keine Exoten mehr auf dem Campus, sondern gehören zur selbstverständlichen Vielfalt der Studierenden an deutschen Hochschulen.“

Männer sind bei den Studierenden ohne Abitur mit 55 Prozent etwas mehr vertreten als Frauen mit 45 Prozent. Fast jeder Zweite ist laut der CHE-Erhebung älter als 30 Jahre. Die 30- bis 40-Jährigen sind mit einer Quote von rund einem Drittel relativ häufig anzutreffen.

Die Zahl derjenigen, die ein Studium ohne Abitur erfolgreich abschließen, ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen. 2016 erreichte sie mit 7200 Absolventen ihren vorläufigen Höchstwert. Vordere Plätze beim Anteil der Studienanfänger ohne Abitur belegen Hamburg (4,6 Prozent), Nordrhein-Westfalen (4,2 Prozent) und Berlin (3,6 Prozent). Schlusslicht ist laut CHE das Saarland mit lediglich 0,8 Prozent.

Basil Wegener (Berlin)

Internet:

- Centrum für Hochschulentwicklung <http://dpaq.de/7f64H>
- Infoportal „Studieren ohne Abitur“ <http://dpaq.de/231Ga>

Knapp jeder siebte Minderjährige auf Hartz IV angewiesen

Nürnberg/Berlin (dpa) – Die Zuwanderung von Flüchtlingen, aber auch EU-Bürgern hat die Zahl der auf Hartz IV angewiesenen Kinder und Jugendlichen stark steigen lassen. 2017 sei jeder Siebte unter 18 Jahren auf die Unterstützung der Jobcenter angewiesen gewesen. Noch vor fünf Jahren war es lediglich knapp jeder achte Minderjährige, geht aus jüngsten Statistiken der Bundesagentur für Arbeit (BA) hervor, die der Deutschen Presse-Agentur am 4. April vorlagen.

Ziehe man Hilfebedürftige mit ausländischem Pass ab, habe sich die Lage in den zurückliegenden Jahren allerdings verbessert, betonte ein Sprecher der Bundesagentur. Diese Einschätzung teilt auch Thorsten Lietzmann vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). „Es sind neue Gruppen in die Grundsicherung gekommen – und das wird bei den Kindern besonders deutlich“, betont der Wissenschaftler.

Die Bundesregierung verwies unterdessen auf die im Koalitionsvertrag enthaltenen Maßnahmen, „die auch zur Bekämpfung der Kinderarmut dienen“. Diese betreffen nicht nur den Kinderzuschlag, sondern auch Leistungen, die Kinder aus Hartz-IV-Familien mehr Bildung und Teilhabe sichern sollen, sagte eine Sprecherin des Bundesarbeitsministeriums. Wichtig sei auch, dass die Eltern der Kinder eine Arbeit fänden. Wenn schon ein Elternteil Vollzeit arbeite, sanken die Zahlen deutlich.

Insgesamt lebten im vergangenen Juni 2,052 Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren in Familien, die wegen Jobverlusts oder zu geringen Lohns auf Hartz IV angewiesen waren. Dies sind 5,2 Prozent mehr als im Juni 2016 und sogar 166 560 oder 8 Prozent mehr als vor fünf Jahren. Die Dezember-Zahlen liegen noch nicht vor.

EU-Zuwanderer aus Osteuropa und Flüchtlinge lassen Quote steigen

Einen wachsenden Anteil davon stellen inzwischen Kinder und Jugendliche aus EU-Zuwanderer- und Flüchtlingsfamilien. Nach Bundesagentur-Angaben lebten Mitte vergangenen Jahres 583 600 Kinder und Jugendliche in ausländischen Familien, die Hartz IV bezogen. Im Vergleich zum Juni 2016 entspricht dies einem Anstieg von 41,1 Prozent. Im Vergleich zum Jahr 2012 verdoppelte sich die Zahl der auf Hartz IV angewiesenen ausländischen Kinder und Jugendlichen nahezu.

So erhöhte sich beispielsweise die Zahl der Hartz-IV beziehenden minderjährigen Syrer zwischen Juni 2013 und Juni 2017 von 7659 auf 205 200. Die entsprechende Zahl junger Afghanen vervierfachte sich in der Zeit auf 37 061. Die Zahl junger Iraker stieg um das Zweieinhalbfache auf 51 055.

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 15/2018 09. April 2018 - AKTUELLES

Aber auch Migranten aus der EU ließen die Zahl der jungen Hartz-IV-Bezieher steigen. Mit 30 340 sei Mitte 2017 die Zahl junger Grundsicherungsempfänger etwa aus Bulgarien fünfmal so hoch gewesen wie noch Mitte 2013.

Ob ein Kind auf Hartz IV angewiesen ist, hängt allerdings stark von der Region ab. Das geringste Risiko, bereits von Kindesbeinen an auf die staatliche Grundsicherung angewiesen zu sein, hat man in Bayern, wo lediglich 6,8 Prozent der Minderjährigen in Familien mit Hartz-IV-Bezug leben, gefolgt von Baden-Württemberg mit einer sogenannten Hilfsquote von 8,4 Prozent. In Bremen und Berlin ist dagegen fast jedes dritte Kind bis zum Alter von 18 Jahren auf staatliche Unterstützung angewiesen.

Klaus Tscharnke (Nürnberg)

Internet:

- BA-Statistik Grundsicherung für Arbeitssuchende <http://dpaq.de/QJGWy>

Meldesystem für antisemitische Vorfälle an Schulen umstritten

Frankfurt/Main/Berlin/Augsburg (dpa) – Ein von verschiedenen Institutionen vorgeschlagenes bundesweites Meldesystem für antisemitische Vorfälle an Schulen ist in seiner Wirkung umstritten. Der Zentralrat der Juden fordert es. Sein Präsident Josef Schuster schlug am 4. April in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vor, eine Einrichtung zu schaffen, um solche Fälle in Deutschland „rasch und ohne viele Hürden“ zu erfassen. „Ich wünsche mir, dass ein niedrighschwelliges Angebot geschaffen wird, um antisemitische Vorfälle zu melden.“

Dies gelte „auch und insbesondere für Übergriffe an Schulen“, sagte Schuster. Insgesamt sollten alle antisemitischen Vorfälle bundesweit gemeldet werden können. „So erhalten wir ein deutlicheres Bild des Antisemitismus und seiner vielen Facetten.“

Zuvor hatte Unions-Fraktionschef Volker Kauder eine Meldepflicht für jüdenfeindliche Vorfälle an Schulen gefordert. Demzufolge sollen in jedem Bundesland die Schulen verpflichtet werden, solche Vorfälle der Schulverwaltung weiterzugeben und solche Fälle konsequent zu ahnden. Religiöses Mobbing betreffe aber nicht nur Juden.

Hintergrund der Diskussion sind aktuelle Fälle. An einer Grundschule in Berlin war eine Zweitklässlerin von älteren Schülern aus muslimischen Fa-

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 15/2018 09. April 2018 - AKTUELLES

milien wegen ihrer jüdischen Religionszugehörigkeit beschimpft worden. Weil sie nicht an Allah glaube, wurde sie auch bedroht.

Der deutsch-israelische Historiker Michael Wolffsohn äußerte sich skeptisch zur Idee einer Meldepflicht. „Gut gemeint, doch bürokratisches Melden und Strichlisten lösen nicht das Problem“, sagte Wolffsohn am 3. April der „Augsburger Allgemeinen“.

Bundesministerin: Über gesellschaftliche Toleranz reden

Für Wolffsohn gibt es keinen Zweifel daran, dass die Häufung von Drohungen und Gewalt gegen Juden in Deutschland auch etwas mit der Flüchtlingskrise zu tun haben: „Die muslimische Einwanderung hat sowohl quantitativ als auch qualitativ den Antisemitismus in Deutschland und ganz Westeuropa verstärkt.“ Nicht alle Muslime seien antijüdisch, aber die meisten antijüdischen Drohungen und Gewaltakte verübten seit Jahren Muslime.

Der Grünen-Politiker Konstantin von Notz forderte in derselben Zeitung unterdessen sogar eine noch weitergehende Meldepflicht: „Die statistische Erfassung antisemitischer Straftaten muss verbessert werden – ganz unabhängig davon, wo die Taten begangen werden“, sagte der religionspolitische Sprecher der Grünen dem Blatt.

Bundesbildungsministerin Anja Karliczek (CDU) sagte dazu der Zeitung: „Wir müssen nicht nur über religiöse, sondern über gesellschaftliche Toleranz sprechen, wenn wir Demokratie alltäglich leben wollen.“ Sie sei deswegen bereits auf die Länder zugegangen, „um gemeinsam Maßnahmen zu überlegen, wie wir Demokratieverständnis und Toleranz unseren Schülerinnen und Schülern stärker vermitteln können“.

Digitalministerin: Schüler brauchen Tablet, Sportsachen und Schulbrot

Berlin (dpa) – Viel mehr Schüler sollen nach dem Willen der neuen Staatsministerin für Digitalisierung, Dorothee Bär, ein Tablet im Unterricht benutzen. „Die Kinder tragen viel zu schwere Schulranzen mit zum Teil veralteten Schulbüchern. Schüler brauchen heute vor allem drei Dinge: ein Tablet, ihre Sportsachen und das Schulbrot“, sagte die CSU-Politikerin der „Bild am Sonntag“ am 1. April.

Via Tablet seien auch die aktuellsten Informationen abrufbar, sagte Bär – und verwies auf ihren schweren Diercke-Weltatlas aus den 1980er Jahren, den sie noch bis Ende der 1990er Jahre benutzt habe: mit zwei Deutschlands, einem Jugoslawien und einer Sowjetunion. „Besser die Schüler le-

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 15/2018 09. April 2018 - AKTUELLES

sen Goethes Faust auf dem Tablet als irgendeinen Schund auf Papier“, sagte sie.

Auch Kleinkinder könnten Tablet-Computer ohne Bedenken nutzen, meint die Staatsministerin. „Es gibt für Kinder tolle Lern-Apps mit schönen Illustrationen oder Tierstimmen. Wenn ein zweijähriges Kind sich so etwas für 5 Minuten anschaut, ist das kein Problem.“

Bär räumt Defizite bei der Digitalisierung ein. „Wir waren nicht ehrgeizig genug. Aber das ändert sich jetzt. Ab 2018 gilt: Digitalisierung zuerst. In allen Bereichen.“ Deutschland sei Fußball-Weltmeister und Logistik-Weltmeister. „Wir wollen auch Digital-Weltmeister werden! Da werden jetzt wieder viele spotten, aber ich habe das Bedenkenträgertum satt. Wenn ich nicht das Ziel habe, Erster zu werden, brauche ich gar nicht anzutreten.“

Sinti und Roma: Beiträge zur europäischen Kultur würdigen

Heidelberg (dpa) – Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma hat an Kulturinstitutionen und Politik appelliert, die Beiträge der Volksgruppen zur deutschen und europäischen Kultur stärker zu würdigen. Seit 600 Jahren lebten Sinti und Roma in Europa und hätten mit ihrem Einfluss auf Kunst und Kultur einen wichtigen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt geleistet, betonte der Zentralrats-Vorsitzende Romani Rose am 6. April anlässlich des Internationalen Tags der Roma (8. April).

Um nationalistischem Denken entgegenzutreten, werde auch das „Europäische Roma Institut für Kunst und Kultur“ die Beiträge der Sinti und Roma in Europa durch Ausstellungen und Dokumentationen sichtbar machen. Die Musik der Volksgruppen habe beispielsweise Komponisten wie Haydn, Brahms oder Beethoven beeinflusst, sagte Rose.

Heute propagierten Rechtsextreme wieder völkisches Denken. Dabei gehe es „nur vordergründig um die Diffamierung und Stigmatisierung von Minderheiten“. Das völkische Denken ziele im Kern „auf die Zerstörung unserer Demokratie und unseres europäischen Wertesystems“, sagte Rose mit Blick auf nationalistische Tendenzen in Deutschland und anderen europäischen Staaten. Der Zentralrat lobte die im Koalitionsvertrag vorgesehene Einrichtung einer „Unabhängigen Expertenkommission Antiziganismus“.

KULTURPOLITIK

Kommunist und Kunstliebhaber – wo ist die Sammlung Fuchs?

Darmstadt/Stuttgart (dpa) – Gemälde der bedeutenden Impressionisten Max Liebermann und Max Slevogt sowie fast alle Lithographien des französischen Realisten Honoré Daumier: Die unter den Nazis zwangsversteigerte berühmte Kunstsammlung von Eduard Fuchs (1870-1940) war gigantisch. Ulrich Weitz, der Biograf des Marxisten, spricht von rund 20 000 Kunstgegenständen. Wie viel die berühmte Sammlung heute wert ist, vermag aber weder der Stuttgarter Historiker und Kunsthistoriker (67) zu schätzen, noch das Ehepaar Rosemarie (69) und Bernhard Kosel (76) aus dem hessischen Odenwald. Die Kosels sind Nachfahren von Fuchs.

Die drei wollen die in alle Winde zerstreute Sammlung wissenschaftlich rekonstruieren. Das Deutsche Zentrum für Kulturgutverluste unterstützt ihr Vorhaben zwei Jahre lang mit insgesamt rund 78 000 Euro und erwartet eine genaue Dokumentation. „Erstmals ist dem Antrag einer Privatperson auf Förderung von Provenienzforschung entsprochen worden“, sagt der wissenschaftliche Vorstand des Zentrums, Gilbert Lupfer.

Der überzeugte Kommunist musste vor den Nazis nach Paris flüchten

Fuchs war ein Mitbegründer des Spartakus-Bundes und der KPD, und er sei sich politisch stets treu geblieben, sagt Experte Weitz. „Die SPD verließ er nach der Zustimmung zu den Kriegskrediten und die KPD nach dem Stalin-Terror.“ Direkt nach dem Reichstagsbrand 1933 flüchtete er mit seiner zweiten Frau Margarete nach Paris. Ein Teil der Kunstsammlung wurde geplündert und verbrannt; der Großteil auf mehreren Auktionen verkauft.

Der pensionierte Kinderarzt Kosel habe es sich zur Lebensaufgabe gemacht, den auch testamentarisch festgelegten Wunsch von Fuchs und seiner Frau umzusetzen, die ehemalige Sammlung der Öffentlichkeit zu erhalten, berichtet das Deutsche Zentrum für Kulturgutverluste in Magdeburg. „Ich will keine finanziellen Vorteile von der Sammlung Fuchs haben“, betont Bernhard Kosel.

Fuchs sammelte in seiner Berliner Villa – ein Frühwerk des bedeutenden deutsch-amerikanischen Architekten Ludwig Mies van der Rohe (1886-1969) – nicht nur Bilder und Grafiken, sondern auch Skulpturen, Bücher, Möbel, Schmuck, Gläser, Geschirr und Bronzefiguren. „Man hatte nicht Augen genug zu sehen“, zitiert Weitz aus dem Tagebuch der Frau des Malers August Macke, Elisabeth Erdmann-Macke. Fuchs hatte zudem ein Faible für Karikaturen und für asiatische Kunst. So soll er nach der Queen

die größte Sammlung von Stichen des britischen Karikaturisten Thomas Rowlandson (1756-1827) besessen haben.

Seine Sammlung von chinesischen Tang-Dachreitern gelte als die größte in Deutschland, sagt Weitz. Etwa 100 dieser glasierten Ziegel hätten schon ausgemacht werden können. Dazu kommen chinesische Keramik aus der Ming-Zeit sowie antike Buddha-Statuen aus dem 4. bis 5. Jahrhundert.

Woher hatte Fuchs das Geld für all die Kunst? Der Schriftsteller, Karikatur-Liebhaber und Herausgeber habe allein mit seiner „Illustrierten Sittengeschichte“ in sechs Bänden eine Millionenaufgabe erreicht, berichten Weitz und Kosel. Seine Frau Margarete sei zudem vermögend gewesen; ihr Vater war der wohlhabende Kaufhausbesitzer Louis Alsberg.

Dazu kommt: Slevogt war ein enger Freund von Fuchs, auch Liebermann kannte er persönlich – und er tauschte immer wieder Kunst gegen Kunst. „Fuchs galt als Kunsthistoriker, aber das war er eigentlich nicht, sondern ein Sammler mit Geld“, sagt Kosel. Daher – so die Forschung – seien dem Autodidakten zumindest anfangs auch einige weniger bedeutende Kunstwerke untergeschoben worden.

Große Zahl der Ostasiatica macht Herkunftsforschung schwierig

Vor allem die große Zahl von Ostasiatica aber machte das Vorhaben von Weitz und den Kosels „sehr schwierig“, sagt Anja Heuß, Provenienzforscherin bei der Stuttgarter Staatsgalerie. „Es gibt in Deutschland nur ganz wenige Provenienzforscher, die diese Materie beherrschen.“ Ein anderer Fallstrick seien Daumiers Druckgrafiken. Der französische Realist habe sozialkritische und politische Karikaturen in hoher Auflage produziert. Wenn nicht gerade ein Stempel von Fuchs darauf sei, werde es sehr schwierig sein zu belegen, dass eine Grafik aus seiner Sammlung stamme.

Die Staatsgalerie verfügt nach eigenen Angaben mit mehr als 75 Gemälden, Postkarten, Exlibris, Büchern und Lithographien „über die meisten Werke aus der ehemaligen Sammlung des ebenso berühmten wie originellen Kulturwissenschaftlers“ – dank einer Schenkung von Theodor Fuchs (1891-1974). Eduards geliebter Neffe lebte in Stuttgart und war Rosemarie Kosels Stief-Großvater. Unter den Bildern ist auch ein von Slevogt angefertigtes Porträt seines Freundes Fuchs.

Der Aufenthaltsort etwa jedes zweiten Gemäldes aus der Sammlung sei bereits bekannt, sagt Weitz. Das wertvollste sei vermutlich Daumiers „Troubadour“, das in Ohio im Cleveland-Museum hängt. Ein anderes besonders wertvolles gehört zum Stuttgarter Bestand: Slevogts Triptychon „Der verlorene Sohn“ aus dem Jahr 1899, das Fuchs bis zu seiner Emigration besaß. Es sei auf verschlungenen Wegen in die Sammlung gelangt, sagt Heuß. Sie stuft die Provenienz als „problematisch“ ein. Der Erbe habe

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 15/2018 09. April 2018 - KULTURPOLITIK

jedoch auf Ansprüche verzichtet. Theodor Fuchs habe seit 1960 gewusst, dass sich das Triptychon in der Staatsgalerie befand – dies sei womöglich sogar der Auslöser für die Schenkung mehrerer Familienporträts gewesen.

Ira Schaible (Frankfurt/Main)

Internet:

- Die Sammlung von Eduard Fuchs in der Staatsgalerie Stuttgart <http://dpaq.de/WNBFC>
- Deutsches Zentrum Kulturgutverluste <http://dpaq.de/nKLnp>

Rubens-Gemälde oder Kochmaschine: Stiftung goes Internet

Potsdam (dpa) – Die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg goes Internet: Auf der Plattform museum-digital will sie nach und nach ihre Kunstschatze einem breiten Publikum präsentieren. Seit Jahresanfang werden bereits 381 Objekte aus elf Sammlungen präsentiert, sagte Carsten Dilba, der für das Projekt verantwortlich ist. Bis Jahresende sollen rund 1000 Kunstwerke, aber auch Alltagsgegenstände und Erinnerungsstücke aus königlich-preußischem Besitz hinzukommen.

„Wir öffnen unsere Sammlungen damit einem noch breiteren Publikum: Wissenschaftlern, aber auch Privatleuten“, sagte Dilba. Angesprochen werden Kunstinteressierte, aber auch Experten, die etwa eine Ausstellung vorbereiten. Museum-digital wird nach den Angaben derzeit von rund 522 deutschen und internationalen Museen genutzt. Interessierte können dort unter anderem nach Werken aus einer Epoche, von einem Künstler oder aus einer Region suchen.

Die Stiftung, zu der auch 30 Schlösser gehören, verfügt über rund 220 000 Objekte in den Sammlungen der Bildenden und Angewandten Kunst, darunter über 4000 Gemälde. Spitzenstücke sind Werke aus der einst von brandenburgischen Kurfürsten, preußischen Königen und deutschen Kaisern angelegten Gemäldesammlung mit Werken von Cranach, Rubens oder Watteau.

Dazu kommen unterschiedliche kunsthandwerkliche Stücke aus sechs Jahrhunderten. Uhren, Musikinstrumente, Kronleuchter, Textilien, Keramiken, aber auch antike Skulpturen aus dem Fundus werden mit Fotos und Hintergrundinformationen vorgestellt. In Kürze sollen Abbildungen und Beschreibungen königlich-preußischer Schlitten, Kutschen und Sänften folgen.

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 15/2018 09. April 2018 - KULTURPOLITIK

Neben den Spitzenwerken sind auch Dinge im digitalen Museum zu sehen, die in den Schlössern einst im Alltag in Gebrauch waren. „Darunter sind Schreibmappen oder Bilderrahmen aus königlichem Besitz“, sagte Dilba. Interessant seien unter anderem Kugeln und Granatsplitter aus dem Deutsch-Dänischen Krieg (Februar 1864 – Oktober 1864), die Kaiser Wilhelm I. (1797-1888) in seinem Arbeitszimmer als Erinnerung aufbewahrte. Ein anderes außergewöhnliches Stück sei der Heiligenkalender seiner Ehefrau Augusta (1811-1890) mit einem Rahmen aus Efeublättern auf lackiertem Leder.

Das Feedback auf die im digitalen Museum gezeigten Werke sei groß, sagte Dilba. Nutzer stellten viele Rückfragen und informierten sich vor einem Besuch in den Einrichtungen der Stiftung. Unter anderem interessiere, wo die abgebildete Kochmaschine – ein früher oft verwendeter Herd, der auch Warmwasser bereitstellte – im Original zu finden sei: in den neuen Kammern neben Schloss Sanssouci.

Gudrun Janicke (Potsdam)

- Internet:

museum-digital <http://dpaq.de/K1JMj>

Streit um Erweiterung des Gutenberg-Museums entzweit die Mainzer

Mainz (dpa) – Seit Wochen ist es das Stadtgespräch Nummer eins in Mainz. Befürworter und Gegner des Erweiterungsbaus für das Gutenberg-Museum streiten sich heftig. Und nun soll der erste Bürgerentscheid in Mainz am 15. April eine Entscheidung über den geplanten Bibelturm bringen und so möglichst die erhitzten Gemüter danach beruhigen. Die Kampagne werde jedoch leider „immer aggressiver“, sagt der Gründer der gegen das Bauprojekt kämpfenden Bürgerinitiative Gutenberg-Museum, Thomas Mann.

Bis zum 3. April haben nach Angaben des Ordnungsamtes schon 20 870 von rund 161 800 stimmberechtigten Mainzern Unterlagen für eine Abstimmung mit Brief angefordert oder bereits vor Ort ihre Stimme abgegeben. Der Bürgerentscheid ist gültig, wenn entweder die Ja- oder die Neinstimmen ein Quorum von mindestens 15 Prozent der Stimmberechtigten erreichen, also etwa 24 270 Stimmen.

„Es wird sehr, sehr eng“, sagt der Sprecher der für den Bibelturm eintretenden Bürgerinitiative „Mainz für Gutenberg“, Henning von Vieregge. „Wir haben zwar die besseren Argumente, ... aber wir kämpfen gegen einen

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 15/2018 09. April 2018 - KULTURPOLITIK

Aufmarsch an Populismus.“ Inzwischen bieten beide Seiten prominente Unterstützer auf: die Fastnachter Lars Reichow und Hans-Peter Betz auf Seiten der Befürworter, die Schauspielerin Gudrun Landgrebe und der frühere CDU-Bundestagsabgeordnete Johannes Gerster bei den Gegnern.

Der Turm auf dem Liebfrauenplatz soll rund 23 Meter hoch werden und dem Museum 400 Quadratmeter zusätzliche Ausstellungsfläche bringen. Der Entwurf des Hamburger Büros DFZ Architekten sieht für den eigentlich als Bibliotheksturm bezeichneten Bau eine Fassade aus Kupferblech vor, das mit frei gesetzten Buchstaben perforiert ist. Der Platz werde mit der neuen Gestaltung nur gewinnen, sagt von Vieregge. Mit Ausnahme von drei Platanen und „dem einen oder anderen Stiefmütterchen“ bleibe die jetzige Bepflanzung erhalten.

Gegner befürchten eine nicht gesicherte Finanzierung

„Über Geschmack lässt sich streiten“, sagt Mann, der die Bürgerinitiative der Gegner schon vor zwei Jahren gegründet hat, kurz nach der Entscheidung im Architektenwettbewerb. Das städtebauliche Argument sei nur der Auslöser gewesen, sagt Mann. Mit zunehmender Zeit sei die fehlende Finanzierung für das Gesamtprojekt in den Vordergrund getreten.

Die Gegner sammelten 9593 Unterschriften gegen das Projekt und damit mehr als die für einen Bürgerentscheid benötigten 7800 Unterstützer. Allerdings wurden die Listen verspätet vorgelegt. Dennoch sprach sich der Stadtrat nach einem Antrag von SPD, Grünen und FDP für die Abstimmung aus.

„Das Hauptziel ist erreicht“, sagt Mann mit Blick auf die bevorstehende Abstimmung. „Wir gehen auf alle Fälle als Gewinner heraus, das ist ein Riesenerfolg.“ Das schlechteste Ergebnis aus seiner Sicht wäre es, wenn die Gegner eine Mehrheit, aber nicht das Quorum schaffen würden: „Das wäre sehr unglücklich, wenn dann der Stadtrat gegen die Mehrheit der abgegebenen Stimmen entscheiden würde.“

„Wir hoffen, dass wir der Stadt und den Mainzer Bürgern eine Riesenblamage ersparen“, sagt hingegen Johannes Strugalla von der Bürgerinitiative „Mainz für Gutenberg“. Der Turm werde auf dem 6200 Quadratmeter großen Liebfrauenplatz nur 150 Quadratmetern einnehmen, rechnen die Befürworter des Projekts vor. Möglicherweise spielt bei der Abstimmung das emotionalste Argument der Gegner eine Rolle: Beim traditionellen Marktfrühstück am Samstag, einem fröhlichen kollektiven Weintrinken im Freien, zählt jeder Quadratmeter im Schatten des Doms.

Peter Zschunke (Mainz)

Internet:

- Stadt zum Bürgerentscheid <http://dpaq.de/7kea9>
- DFZ Architekten zum Bibelturm <http://dpaq.de/2JMTY>
- Bürgerinitiative Gutenberg-Museum <http://dpaq.de/aqM5i>
- Bürgerinitiative „Mainz für Gutenberg“ <http://dpaq.de/gC8wO>

Deutsche Theater- und Orchesterlandschaft soll auf Unesco-Liste

Bonn (dpa) – Die deutsche Theater- und Orchesterlandschaft soll als immaterielles Kulturerbe anerkannt werden. Das Auswärtige Amt habe dies nun offiziell bei der UN-Kulturorganisation Unesco in Paris beantragt, teilte die deutsche Unesco-Kommission am 3. April in Bonn mit. „Deutschland hat die reichste Theaterlandschaft der Welt“, sagte der Präsident des Deutschen Bühnenvereins, Ulrich Khuon. Etwa die Hälfte aller Opernhäuser weltweit sei in Deutschland situiert, bei den Schauspielhäusern gebe es eine ähnliche Dichte. Theater und Orchester leisteten einen wesentlichen Beitrag zu Lebensqualität und Identität.

„Die Nominierung zeigt, dass Theater und Orchester wichtige Räume der freien Meinungsäußerung, der öffentlichen Debatte und kritischen Reflexion sind“, sagte die neue Staatsministerin im Auswärtigen Amt, Michelle Müntefering (SPD). Der Präsident des Deutschen Kulturrats, Christian Höppner, betonte, „in Zeiten auseinanderdriftender Gesellschaften“ komme den Theatern und Orchestern im Amateur- wie Profibereich ein „unschätzbare Wert für das Zusammenleben in Vielfalt“ zu.

Mehr als 350 staatliche und private Bühnen in Deutschland

Rund 140 Staats- und Stadttheater sowie Landesbühnen mit Orchestern, rund 220 private Theater oder auch 2200 freie Spielstätten und etwa 2500 Amateurtheaterbühnen gehörten zu der Szene bundesweit.

Ein Ausschuss der Unesco entscheidet 2019 über eine Aufnahme in die Liste. 2014 war die deutsche Theater- und Orchesterlandschaft zunächst ins bundesweite Verzeichnis des immateriellen Kulturerbes eingetragen worden – Vorbedingung für eine Unesco-Nominierung.

Internet:

- Immaterielles Kulturerbe <http://dpaq.de/ESaRz>

Bayreuths Unesco-Welterbe öffnet wieder

Bayreuth (dpa) – Das Markgräfliche Opernhaus in Bayreuth erstrahlt wieder im ursprünglichen Glanz. Sechs Jahre lang ist das zum Unesco-Weltkulturerbe gehörende Barocktheater saniert worden, am 12. April wird es feierlich eröffnet. Zu hören und zu sehen ist dann jene Oper, die auch bei der Eröffnung im Jahr 1748 aufgeführt worden war – „Artaserse“ von Johann Adolph Hasse. Rund 30 Millionen Euro ließ sich der Freistaat Bayern die Sanierungsarbeiten kosten.

Das Opernhaus gilt als einzigartiges Zeugnis barocker Theaterkultur. Erreichten ließ es die kunstsinnige Markgräfin Wilhelmine (1709-1758). Die preußische Prinzessin machte aus der Provinzstadt Bayreuth ein Zentrum für Kunst und Kultur. Das Markgräfliche Opernhaus war auch der Grund, warum der Komponist Richard Wagner im 19. Jahrhundert nach Bayreuth kam. Zwar erwies sich das barocke Haus für seine Bühnen-Ideen als unbrauchbar, in der Stadt blieb er trotzdem – und konnte mit tatkräftiger Unterstützung des Bayern-Königs Ludwig II. sein Festspielhaus errichten.

Bayreuth hat zwei Opernhäuser von Weltrang

So hat Bayreuth zwei weltweit bedeutsame Opernhäuser vorzuweisen, wobei Wagners Festspiele international bekannter sind als das kulturelle Erbe der Wilhelmine. Nach dem Wunsch der Stadt soll sich das nun ändern: „Das Markgräfliche Opernhaus wird als Unesco-Welterbe für die Stadt und die gesamte Region künftig ähnlich identitätsstiftend sein, wie dies Richard Wagner und die Bayreuther Festspiele sind“, sagte Bayreuths Oberbürgermeisterin Brigitte Merk-Erbe.

BERUF UND WEITERBILDUNG

Pflege-Personalmangel: Spahn will mehr ausländische Fachkräfte

Berlin (dpa) – Zur Überwindung des Personalmangels will Bundesgesundheitsminister Jens Spahn mehr Pflegekräfte aus dem Ausland für einen Job in Deutschland gewinnen. Diese aus den Nachbarländern einzuladen, „ist die nächstliegende Option“, sagte der CDU-Politiker an Ostern der „Rheinischen Post“. Er verwies dabei auf die in der EU geltende Arbeitnehmerfreizügigkeit. Spahn forderte zugleich eine raschere Anerkennung von Abschlüssen für Pflegekräfte und Ärzte aus dem Ausland.

Der SPD-Gesundheitspolitiker Karl Lauterbach lehnte Spahns Anwerbeplan ab. „Wir sollten nicht anderen Ländern Pflegekräfte weg kaufen, dort fehlen sie auch bereits“, schrieb er bei Twitter und mahnte eine bessere Bezahlung der Pflegekräfte an. „Einfach nur den Koalitionsvertrag umsetzen, nicht ständig Neues“. Die Sprecherin für Pflegepolitik der Grünen-Bundestagsfraktion, Kordula Schulz-Asche, rief Spahn auf, „schnellstmöglich ein umfassendes Programm für eine Pflege-Offensive“ vorzulegen.

Nach einer Mitte März vom Deutschen Institut für angewandte Pflegeforschung vorgelegten Studie gibt es 17 000 offene Stellen in den Pflegeheimen – vor allem wegen des Fachkräftemangels und der abnehmenden Qualität der Bewerber. Zu seinem Amtsantritt hatte Spahn angekündigt, den Pflegeberuf attraktiver machen zu wollen, etwa über eine bessere Entlohnung. Via Twitter betonte er am 1. April, dass das Gewinnen ausländischer Pflegekräfte nur ein Baustein sei, um die Pflege-Probleme anzugehen.

Minister: Verfahren zur Berufs-Anerkennung dauert zu lange

In dem Zeitungsinterview kritisierte der Minister, manchmal seien ausländische Pflegekräfte und Ärzte über Monate, teils sogar über Jahre in Deutschland und könnten nicht loslegen, weil das Verfahren zur Anerkennung sich so ziehe. Selbstverständlich müsse die ausländische Qualifikation gleichwertig mit der deutschen sein. Das müsse gründlich geprüft werden. „Wir sollten aber mit den Bundesländern die Überprüfungen deutlich beschleunigen“, so Spahn.

Die Deutsche Stiftung Patientenschutz wies darauf hin, dass ausländische Ärzte hierzulande zuallererst an mangelnden Sprachkenntnissen scheiterten. „Die erst 2015 eingeführten verschärften Sprachtests müssen aber bleiben“, sagte Stiftungsvorstand Eugen Brysch. Schließlich habe der Arzt Patientengespräche zu führen. Nur so könne er die richtige Diagnose stellen und dem Patienten die Behandlung erläutern. „Es ist also graue Theorie

zu behaupten, die schleppende Anerkennung der Abschlüsse sei das Problem.“

Brysch wies zudem darauf hin, dass ausländische Ärzte in Deutschland nicht einmal ihre Approbation erneut ablegen müssen. „Das ist für Ärzte aber Pflicht, die in Deutschland ihren Abschluss erworben haben, um im Nicht-EU-Ausland zu arbeiten.“

Internet:

- Tweet Spahn <http://dpag.de/podn7>
- Tweet Lauterbach <http://dpag.de/P7RXp>

Polzeiberuf sehr gefragt – Bewerberrekord

Düsseldorf (dpa) – Während etliche Branchen händeringend Nachwuchs suchen, entscheiden sich so viele junge Menschen wie nie zuvor für eine Ausbildung bei der Polizei. Nordrhein-Westfalen und Hessen feiern einen Bewerberrekord nach dem anderen, in Bayern gibt es sieben Kandidaten für eine Stelle in Uniform und auch Baden-Württemberg schöpft nach eigenen Angaben aus den Vollen. Das ergab eine Umfrage der Deutschen Presse-Agentur in den Bundesländern.

Die hohe Quote klingt zwar gut, sie ist aber auch nötig, weil in allen Bundesländern die Zahl der Abbrecher in der Ausbildung hoch ist. Viele Kandidaten überlegen es sich vor allem im ersten Jahr noch mal und steigen aus. Oder sie fallen bereits durch den Sporttest – sofern es überhaupt einen gibt und nicht schon das Deutsche Sportabzeichen ausreicht. Die Gewerkschaft warnt bereits vor Lücken in den Planungen und fordert die Landesregierungen auf, nachzusteuern.

In NRW und auch in Sachsen falle mehr als jeder Zehnte in der Ausbildung durch, etliche davon im ersten Jahr, sagte der stellvertretende Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Arnold Plickert. Auch in Brandenburg und Berlin gibt es nach Angaben des Potsdamer Innenministeriums und des Berliner Senats zwar ausreichend Bewerber, allerdings erfüllten nicht alle die Kriterien, eine Reihe Kandidaten springe auch ab.

Es sei wichtig, stets die Zahl der durchgefallenen Kandidaten aus dem ersten Ausbildungsjahr im Folgejahrgang zu ergänzen, fordert die GdP. „Wir wollen, dass am Ende auch die Zahl neuer Polizisten rauskommt, die angestrebt wurde“, sagte Plickert. Mehrkosten entstünden nicht, weil die Ausgaben für die ergänzten Kandidaten im Haushalt bereits eingeplant seien.

Beispiel NRW: Hier haben sich rund 11 200 junge Männer und Frauen für den Polizeidienst beworben. „Das ist ein Bewerberrekord“, sagt Victor Ocansey vom Landesamt für Ausbildung, Fortbildung

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 15/2018 09. April 2018 - BERUF UND WEITERBILDUNG

und Personalangelegenheiten der NRW-Polizei (LAFP) in Selm. Es gebe derzeit keine Anzeichen dafür, dass das Interesse an einer Ausbildung in Uniform abnehme. Seit 2014 sei die Zahl der Bewerbungen für die Polizei gestiegen, sagt Ocansey.

Auch in Hessen ist der Bewerberansturm ungebrochen. Um im Februar 2018 eingestellt zu werden, hätten sich 3471 junge Menschen gemeldet – 700 mehr als noch zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres, teilt das Innenministerium in Wiesbaden mit. Berlin hat seine Ausbildungszahlen im Vergleich zu 2008 verdreifacht – aus gutem Grund. Allerdings klappt es mit den Bewerbern auch nicht so wie erhofft. Viele erfüllten die Mindestanforderungen in Deutsch, Rechtschreibung und Sport nicht, hieß es.

Auch Hamburgs Polizei soll größer werden. Allerdings steht dem geplanten Ausbau um rund 2500 junge Beamte in den kommenden fünf Jahren eine drastisch gesunkene Bewerberzahl entgegen. Sie ging nach Angaben des Senats von einer Quote von 1:17,6 im Jahr 2016 auf 1:9,8 im vergangenen Jahr zurück. Das Erreichen ausreichender Bewerberzahlen werde in den nächsten Jahren eine wachsende Herausforderung werden..

Das erfolgreiche nordrhein-westfälische Rezept erklärt sich die Gewerkschaft der Polizei (GdP) aus einem Mix aus länderübergreifender Werbung, weitgehender Jobgarantie und guter Bezahlung. „Wegen des finanziellen Anreizes bewerben sich auch etliche Kandidaten aus anderen Bundesländern“, sagt GdP-Vorstandsmitglied Plickert.

Denn nach einer Ausbildung verdient ein Polizist in Ostdeutschland keineswegs so viel wie ein Beamter in Bayern oder NRW. Für Personal und Besoldung seien die Länder selbst verantwortlich – und sie entschieden oft nach Kassenlage, kritisiert die Gewerkschaft. „Im Laufe der vergangenen Jahre hat ein Polizist in NRW auf diesem Weg plötzlich 15 Prozent mehr auf dem Gehaltszettel als ein Polizist in Mecklenburg-Vorpommern.“

Martin Oversohl (Düsseldorf)

Internet:

- Biografie Plickert und Kontakt <http://dpaq.de/lkFuV>
- Ausbildung in NRW , Homepage LAFP <http://dpaq.de/XhZR7>
- Einstellungsvoraussetzungen für die Polizei in NRW <http://dpaq.de/1JFyY>

Bildwörterbuch zum Gärtnerberuf vorgestellt

Berlin (dpa) – Die Berliner Senatsverwaltung für Arbeit und Soziales hat ein Bildwörterbuch für Flüchtlinge vorgestellt, das den Beruf des Gärtners vorstellt. „Geflüchtete brauchen Unterstützung, um Wege in Ausbildung und

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 15/2018 09. April 2018 - BERUF UND WEITERBILDUNG

Arbeit zu finden“, sagte Staatssekretär Alexander Fischer am 5. April. Das Nachschlagewerk könne helfen, Flüchtlinge besser zu integrieren und zugleich Fachkräfte zu gewinnen.

Das Bildwörterbuch enthält mehr als 2500 Fachbegriffe, die im Garten- und Landschaftsbau verwendet werden. Es stellt Werkzeuge, Maschinen, Baustoffe, Bauteile und Tätigkeiten anschaulich vor. Über sogenannte QR-Codes lassen sich Tondateien abrufen, mit denen die Begriffe hörbar werden. Ähnliche Bildwörterbücher gibt es bereits für angehende Friseure, Reinigungskräfte oder Köche.

Wirtschaftsvertreter betonen regelmäßig, dass Deutschkenntnisse eine wichtige Voraussetzung für den Zugang zum Arbeitsmarkt darstellen. „Sprachliche Defizite und fehlende berufliche Bildungsabschlüsse sind die zentralen Arbeitsmarkthemmnisse bei Geflüchteten“, erklärte Holger Schwannecke vom Zentralverband des Handwerks.

Internet:

- Pressemitteilung des Senats dazu <http://dpaq.de/SO2C8>

Deutschlandweit einmalig: eSport und Berufsausbildung kombiniert

Gera (dpa) – Ein deutschlandweit einmaliges Projekt startet das Geraer Unternehmen Ad Hoc Gaming zum 1. Juni: In einem eigenen Leistungszentrum sollen professionelle Computerspieler – sogenannte eSportler – ihrem Sport nachgehen und zugleich eine Berufsausbildung im Unternehmen machen können. Das teilte Ad Hoc Gaming am 5. April mit. Die Spieler sollen täglich vier Stunden in einem Bereich der Firmengruppe arbeiten. Die zweite Tageshälfte verbringen sie im Leistungszentrum, um ihre sportlichen Leistungen weiter zu trainieren.

„Dieses Berufskonzept ist beispielhaft für die wichtigen Impulse, die eSport für die berufliche Qualifizierung von jungen Menschen liefern kann“, sagte Hans Jagnow, Präsident des eSport-Bundes Deutschland. Die konkrete Verknüpfung zwischen Profi-eSport und beruflicher Orientierung ist nach seinen Angaben bisher einzigartig in Deutschland.

FORSCHUNGSPOLITIK

EU investiert 650 Millionen Euro in Forschung

Brüssel (dpa) – Mit 650 Millionen Euro unterstützt der Europäische Forschungsrat neue Projekte von 269 Spitzenforschern in der Europäischen Union. 42 geförderte Vorhaben kommen aus Deutschland, wie der Rat am 6. April mitteilte. Damit liegt Deutschland hinter dem Vereinigten Königreich (66) auf Platz zwei der Empfängerländer.

Gefördert werden Wissenschaftler aus Natur-, Technik-, Geistes- und Sozialwissenschaften. In der Ludwig-Maximilians-Universität in München setzen sich Forscher beispielsweise mit dem Beginn des Lebens auseinander: Wie sind aus nicht-lebender Materie lebende Systeme entstanden? Die Förderung der Projekte steigere die globale Wettbewerbsfähigkeit Europas, hieß es vom Forschungsrat.

Die Institution wurde 2007 von der Europäischen Union ins Leben gerufen, finanziert wird sie von der EU-Kommission. Seitdem wurden 8000 Spitzenforscher und 50 000 Postdoktoranden in Europa unterstützt. Außerdem werden Forscher aus aller Welt für Projekte nach Europa geholt. Das Gesamtbudget für die Jahre 2014 bis 2020 beläuft sich auf über 13 Milliarden Euro.

Internet:

- Forschungsbeispiele <http://dpaq.de/wYaaN>
- Statistiken zu Forschungsprojekten <http://dpaq.de/UqOPJ>
- Website des ERC <http://dpaq.de/EVTeX>
- Programm Horizon 2020 der EU-Kommission <http://dpaq.de/N6jAM>

Eine Strickleiter für die Genforschung: 65 Jahre DNA-Struktur

Washington (dpa) – Kriminelle fassen oder dem eigenen Stammbaum nachspüren: Heute ist Genom-basierte Forschung längst Alltag. Doch erst seit 65 Jahren wissen wir: Das, was Menschen, Tiere und Pflanzen biologisch ausmacht, gleicht einer winzigen, elegant in sich gedrehten Strickleiter aus dem Erbmaterial DNA.

1953 entschlüsseln die Molekularbiologen James Watson und Francis Crick die raffinierte Doppelhelix-Struktur – und das, ohne viel Fachwissen in Chemie. Vorangegangen sind dem zwei Jahre Knobelarbeit, für die sie Laborwerte und Röntgenbilder von Kollegen nutzen.

Damals schreibt Crick seinem Grippe-kranken Sohn Michael einen Brief, in dem er von der „aufregenden Entdeckung“ berichtet und kritzelig die DNA-

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 15/2018 09. April 2018 - FORSCHUNGSPOLITIK

Struktur aufmalt: Fäden aus Phosphor und Zucker, zwischen denen sich die Basen Adenin (A) und Thymin (T) sowie Guanin (G) und Cytosin (C) jeweils paarweise zusammenfügen wie Treppenstufen. „Lies das genau, damit Du es verstehst“, fordert er den Zwölfjährigen auf.

Einen Monat später, am 25. April 1953, veröffentlichen die Forscher ihren Fund auf nur zwei knappen Seiten im Fachmagazin „Nature“ – und erhalten 1962 dafür, zusammen mit dem Physiker Maurice Wilkins, der maßgebliche Röntgenaufnahmen beisteuerte, den Nobelpreis.

Watson, der am 6. April 90 Jahre alt wird, hat diese besondere Auszeichnung 2014 versteigert. Aus Geldmangel. Schon Jahre zuvor hat er sich, nach lauter Kritik an seinen abschätzigen Bemerkungen über Schwarze, aus seinem Labor und der Öffentlichkeit zurückgezogen. Dann erlöst er aus der Auktion 4,1 Millionen US-Dollar und bekommt die Medaille vom Ersteigerer, einem extrem reichen Russen, umgehend zurückgeschenkt. Dieser möchte damit die Anstöße würdigen, die die Entdeckung der Doppelhelix der Krebsforschung gegeben hat.

Kenntnis der DNA-Struktur ermöglichte erst Gentherapien

In der Tat sind Genforschung und mittlerweile sogar Gentherapie erst dadurch möglich geworden, dass der Aufbau des Erbgutträgers DNA (englisch und abgekürzt für Desoxyribonukleinsäure) verstanden ist. Bestimmte Abschnitte dieser langen Reihe von Basenpaaren, die Gene, enthalten die Informationen für konkrete Merkmale. Und Mutationen in diesen Genen – etwa Basen, die nach Vervielfältigung der Helix nicht mehr zusammenpassen – können beispielsweise Krebs befördern.

Dort wollen Forscher der Universität Harvard ansetzen, als sie vor 30 Jahren, am 12. April 1988, in den USA die erste Krebsmaus patentieren lassen. Sie pflanzen den Tieren menschliche Brustkrebsgene ein, um sie als Modelle zur Erforschung von Tumoren oder deren Behandlung zu nutzen. Der Erfolg bleibt in dem Fall aber gering – denn es gibt nicht nur ein Brustkrebsgen, sondern 20 bis 40, vielleicht sogar 100 verschiedene Brustkrebsarten. Trotzdem öffnet die Krebsmaus die Tür für Hunderte ähnliche Patentanmeldungen.

CRISPR, eine preisgünstige und zielgenaue Technik zur Genveränderung, sorgt seit einigen Jahren nun für einen weiteren Schub: 2017 gibt es gleich mehrere Durchbrüche in Sachen Gentherapie. In den USA wird die zwölfjährige Emily Whitehead, deren CAR-T-Immunzellen außerhalb des Körpers mit der Genschere CRISPR behandelt worden sind, von einer besonderen Leukämieform geheilt. Die Therapie ist mittlerweile in den USA wie in der EU für schwere Fälle von Akuter Lymphatischer Leukämie zugelassen. Klaus Cichutek, Präsident des Paul-Ehrlich-Instituts (PEI) in Langen, ist

optimistisch: „Jetzt bricht wahrscheinlich eine neue Ära der Leukämiebehandlung an.“

Auch für B-Zell-Lymphome und eine bestimmte Form von erbter Blindheit gibt es bereits Therapien. Klinische Studien für Sichelzellenanämie oder bestimmte erbliche Muskelerkrankungen sind ebenfalls in Sichtweite. Komplexer und bislang noch nicht geknackt sind Probleme, in die Mutationen verschiedener Gene hineinspielen.

Der genauere Blick tief hinein ins Erbgut zeigt allerdings auch: Es sind noch viele Fragen offen und die Doppelhelix ist, anders als bei der ersten Entzifferung des menschlichen Erbgutes noch bejubelt, kein festgeschriebenes Buch mit den Buchstaben des Lebens. Dafür herrscht im Genom zuviel Vielfalt und Veränderung. Bei jeder Zellteilung kommt es zu Mutationen – meist nur minimal und ohne Auswirkung. Das menschliche Erbgut sei stets im Wandel, so beschreibt es Sebastian Waszak vom Europäischen Molekularbiologielabor im Deutschlandfunk: “Bei der Geburt ist man genetisch gesehen ein anderer Mensch als bei der Befruchtung.“

Andrea Barthélémy (Washington)

Internet:

- Brief von Michael Crick an seinen Sohn zur DNA-Doppelhelix <http://dpaq.de/zSR5n>
- Deutschlandfunk: Genom in Aufruhr <http://dpaq.de/56NSP>
- Washington Post zu James Watsons Medaillen-Versteigerung <http://dpaq.de/95Cc7>
- Beitrag zu Gentherapie auf Vox.com <http://dpaq.de/lcS63>
- Nature-Artikel von Watson und Cricks <http://dpaq.de/v2xJ6>

Gemüsezeit in der Antarktis – und bald im AI?

Bremen (dpa) – Mit Gärtnern hatte Paul Zabel bisher nicht so viel am Hut. Trotzdem wachsen seine Pflanzen wie verrückt – und das in der Antarktis. Möglich macht das ein spezielles Gewächshaus nahe der deutschen Polarforschungsstation Neumayer III. Jeden Tag stapft Zabel dick eingepackt 400 Meter durch den Schnee ins Grüne, sät Salat, schneidet Tomatensamen zurück und überprüft, ob es seinen Zöglingen gut geht. Den Lohn seiner Arbeit kann er jetzt genießen: Gerade hat er 3,6 Kilogramm Salat, 70 Radieschen und 18 Gurken geerntet.

„Das Gemüse wird schon sehnsüchtig erwartet“, sagt Zabel. Während des antarktischen Winters ist die Polarforschungsstation von der Außenwelt abgeschnitten. Über Monate muss die Besatzung von den Vorräten zehren, die mit der letzten Lebensmittellieferung Ende Februar ankamen. Auch das

Gärtnern in der Abgeschiedenheit ist eine Herausforderung: Zabel muss mit den vorhandenen Ressourcen auskommen, Nachschub gibt es nicht. Ähnlich müssen sich Astronauten fühlen.

Mond und Mars sind das eigentliche Ziel von Raumfahrtingenieur Paul Zabel und seinen Kollegen am Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) in Bremen. Das von ihnen entwickelte Gewächshaus soll Astronauten bei der Erkundung ferner Planeten versorgen. Und nicht nur das: Es soll die grüne Lunge der Raumstationen sein. „Es stellt für die Astronauten Sauerstoff zum Atmen her und reinigt das Wasser“, erläutert Projektleiter Daniel Schubert.

Genauere Nährstoffzufuhr und Kontrolle sorgen für üppiges Wachstum

Schubert blickt auf die vielen Bildschirme im Bremer Kontrollraum. Von dort überwachen er und sein Team alles, was im Gewächshaus passiert. Monitore zeigen Temperatur, Luftfeuchtigkeit, Sauerstoff- und Kohlendioxidgehalt an. Eine Kamera fotografiert regelmäßig alle Pflanzen. In acht Regalen sprießen auf mehreren Etagen üppig grüne Salate, gelbblühende Tomatenpflanzen, Basilikum, Schnittlauch, Petersilie, Gurken, Kohlrabi und kleine Rucola-Setzlinge.

„Die wachsen schneller als unter normalen Bedingungen“, sagt Schubert. Alle fünf Minuten werden die Wurzeln der Pflanzen computergesteuert mit einer Nährstofflösung besprüht, sie bekommen mehr Licht und Kohlendioxid als normalerweise. Besonders wichtig für das Projekt sind die geschlossenen Kreisläufe. Luft und Wasser werden immer wieder recycelt wie es im Weltraum auch sein müsste.

Allerdings führen die DLR-Forscher über Flaschen zusätzliches Kohlendioxid zu, das die Astronauten auf einer echten Raumstation ausatmen würden. Auch Wasser müssen sie teilweise ergänzen, denn das wird im Gemüse gebunden und mit der Ernte dem Kreislauf entnommen. Wie viele Ressourcen die Forscher in das Gewächshaus geben müssen und wie viel Ertrag dabei herauskommt, soll am Ende des einjährigen Projekts feststehen.

Wie solche künstlichen Lebenswelten – Habitate genannt – funktionieren, daran forscht auch Klaus Slenzka, Chefwissenschaftler der Lebenswissenschaften beim Bremer Raumfahrtkonzern OHB. „Was muss ich vorne reingeben und was kommt hinten raus? Das ist wissenschaftlich noch nicht verstanden.“ Alle Habitate, die für die Forschung bisher auf der Erde betrieben worden seien, hätten nicht genug Nahrung produziert, sagt Slenzka. „Die Testpersonen haben alle abgenommen.“

Deshalb arbeitet Slenzka erstmal nur im kleinen Maßstab. Sein Habitat ist ein Aquarium mit einer grünen Brühe aus Algen und Bakterien. „Das ge-

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 15/2018 09. April 2018 - FORSCHUNGSPOLITIK

schlossen zu betreiben, ist schon eine Herausforderung.“ Denn die Algen müssen in dem Habitat kontinuierlich wachsen. Es müssen immer so viele absterben und verrotten wie neue entstehen. „Sonst produziert man Abfall und braucht neue Ressourcen“, sagt Slenzka.

Auf Mond und Mars herrschen noch schwierigere Bedingungen

Wie man auf den Mars leben könnte, hat die Geophysikerin Christiane Heinicke bereits ein Jahr lang während einer Simulation auf dem Vulkan Mauna Loa auf Hawaii getestet. Im echten Einsatz im Weltraum hätte die Mars-Station jedoch nicht funktioniert, sagt Heinicke. Sie will deshalb ein Habitat entwickeln und bauen, das auch auf dem Mond oder dem Mars stehen könnte – mit Sicherheitsschleusen und einer echten Außenhülle, die Druck und Strahlen standhält. „Meines Wissens arbeitet bisher niemand an solch einem Forschungshabitat.“

Ab Oktober will Heinicke ein erstes Modell am Bremer Zentrum für angewandte Raumfahrttechnologie und Mikrogravitation aufbauen. Ein einsatzfähiges Habitat, bestehend aus mehreren Modulen mit Schlafzimmer, Küche, Labor, Gewächshaus und Fitnessraum, soll in den nächsten fünf bis zehn Jahren entstehen.

Auch das DLR-Gewächshaus könnte so nicht auf Mond oder Mars stehen. „Die Technologien sind da“, sagt Schubert. Doch bis das Gewächshaus Alltauglich sein wird, brauchen die Forscher noch mindestens 15 Jahre.

Irena Güttel (Bremen)

Internet:

- Projekt „Eden-ISS“ auf Facebook <http://dpaq.de/0rvw7>
- Projekt „Eden-ISS“ auf Instagram <http://dpaq.de/aswS5>
- Infos zur Polarforschungsstation Neumayer III <http://dpaq.de/c6acB>

Kooperation Berlin/Paris bei Bienenschutz und künstlicher Intelligenz

Paris (dpa) – Deutschland will gemeinsam mit Frankreich die Entwicklung künstlicher Intelligenz vorantreiben und zum Schutz von Insekten für weniger Pestizide in der Landwirtschaft kämpfen. Das haben die dafür zuständigen Fachministerinnen Anja Karliczek (CDU/Forschung) und Svenja Schulze (SPD/Umwelt) bei ihren ersten Besuchen in Paris angekündigt beziehungsweise mit ihren Amtskollegen vereinbart.

„Wir wollen beim Insektenschutz eine Achse Berlin-Paris bilden“, sagte die SPD-Politikerin Schulze der Deutschen Presse-Agentur. Sie wolle nicht nur

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 15/2018 09. April 2018 - FORSCHUNGSPOLITIK

den Einsatz der Insekten- und Unkrautgifte Neonikotinoide und Glyphosat beenden, sondern generell eine neue Pflanzenschutz-Politik erreichen. „Wir müssen alles tun, um den enormen Verlust an biologischer Vielfalt zu stoppen“, teilten Schulze und ihr französischer Kollege Nicolas Hulot am 29. März nach einem Gespräch in Paris mit.

Die SPD-Politikerin forderte bei ihrem Antrittsbesuch in Paris, die Laufzeit des grenznahen französischen Atomkraftwerks Cattenom nicht über 40 Jahre hinaus zu verlängern. Die 1986 in Betrieb genommene Anlage steht in Deutschland wegen Sicherheitsbedenken in der Kritik.

Achse Berlin-Paris soll Anschluss an Weltspitze sicherstellen

Forschungsministerin Karliczek warb für eine deutsch-französische Kooperation bei künstlicher Intelligenz. „Wir haben jetzt die Chance, gemeinsame Schritte ins Auge zu fassen, damit wir bei der künstlichen Intelligenz weltweit mitgestalten können“, sagte sie in Paris. Dort stellte Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron die Strategie seines Landes zur künstlichen Intelligenz vor.

Karliczek plädierte bei ihrer ersten Auslandsreise als Ministerin für ein Netzwerk aus deutschen und französischen „Exzellenz-Standorten“ für die Erforschung und Nutzung von künstlicher Intelligenz. „Auf dieser Basis stelle ich mir bilaterale Programme vor, bei denen Wissenschaft und Industrie aus beiden Ländern gemeinsam an konkreten Projekten arbeiten können.“

HOCHSCHULE

Professuren sind in NRW eine Männer-Domäne

Düsseldorf (dpa) – Professuren an den Universitäten in Nordrhein-Westfalen sind zum größten Teil immer noch eine Männer-Domäne. Nur jede vierte Professur an den Universitäten und Uni-Kliniken war 2016 mit einer Frau besetzt, wie aus einer der Deutschen Presse-Agentur vorliegenden Übersicht des NRW-Wissenschaftsministeriums hervorgeht. Frauen machten demnach nur 24,8 Prozent der Professorenschaft aus. Insgesamt gab es 2016 knapp 1240 Professorinnen an den NRW-Hochschulen und 3745 Professoren.

Je niedriger die Stelle angesiedelt ist, umso höher wird der Frauenanteil: Im wissenschaftlichen Mittelbau, also bei Dozenten und Assistenten, sind rund 38 Prozent weiblich. Unter den wissenschaftlichen Mitarbeitern sind fast 43 Prozent der Stellen mit Frauen besetzt. Bei den Lehrkräften für besondere Aufgaben sind die Frauen mit 54,6 Prozent dann in der Überzahl.

„Die Wissenskultur ist immer noch sehr männlich geprägt“, sagt Ulrike Brands-Proharam Gonzalez, Gleichstellungsbeauftragte der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule (RWTH) Aachen.

Nur in typischen Frauenstudien sind Professorinnen in der Überzahl

Nur in einigen wenigen Bereichen wie Kunst- oder Erziehungswissenschaften, die als typische Frauenfächer gelten, sind Professorinnen in der Überzahl. Dagegen sind Frauen bei den Professuren in Chemie (17,6 Prozent), Mathe (16,4 Prozent) oder Physik (9,8 Prozent) nach wie vor deutlich unterrepräsentiert.

Schon der Studentinnenanteil besonders in den naturwissenschaftlich-technischen MINT-Fächern sei nach wie vor niedrig, sagt Brands-Proharam. „Dann kommen natürlich auch weiter oben weniger an.“

Bei den Hochschulen hat die auf Genderforschung spezialisierte Universität im katholisch geprägten Paderborn die meisten Frauen in Spitzenpositionen angestellt. Mehr als jede dritte Professur (36,3 Prozent) ist in Paderborn mit einer Frau besetzt. Auch an der Uni Bielefeld sind immerhin gut 30 Prozent Professorinnen zu finden. In Bonn dagegen liegt ihr Anteil nur bei gut 18 Prozent, an der RWTH Aachen bei 16,3 Prozent und an der Deutschen Sporthochschule Köln sogar nur bei knapp 13 Prozent.

In den meisten Fächern sei die Habilitation „der Knick“ bei den Frauen, sagt Anja Vervoorts, Gleichstellungsbeauftragte der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Die Habilitation sei in Deutschland immer noch die Grundvoraussetzung, um eine Professur zu bekommen. Meistens habilitiere man

sich im Alter zwischen 30 und 40. Das falle dann aber in die Phase der Familiengründung. „Da muss man schon viel stemmen“, sagt Vervoorts.

Ein Grund: Männer berufen am liebsten Männer

Die Gründe für den Mangel an Professorinnen liegen aber wohl nicht nur in der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. „Auch für Frauen, die keine Kinder haben, gibt es die gläserne Decke“, sagt Vervoorts. So sitzen in Berufungsgremien, aber auch Kommissionen, die über die Vergabe von Drittmitteln oder Publikationen entscheiden, oft überwiegend Männer. „Pinguine stellen Pinguine ein“, beschreibt Vervoorts das in der Wissenschaft „homo-soziale Kooptation“ genannte Phänomen. Gemeint ist damit die Tendenz, „sozial ähnliche“ Mitglieder in ein Netzwerk aufzunehmen.

Brands-Proharam sagt, wissenschaftliche Leistungen von Frauen würden tendenziell stärker hinterfragt als die von Männern. Sei eine Frau in einer Berufungskommission angekommen, müsse sie oft mit dem Vorurteil kämpfen, sie sei nur eine „Quotenfrau“. „Frauen, die oben angekommen sind, haben eine gewisse Tendenz, noch einmal ganz besonders kritisch auf die Qualifikation ihrer Geschlechtsgenossinnen zu schauen“, erklärt Brands-Proharam.

Dorothea Hülsmeier (Düsseldorf)

Gründung eines Islam-Instituts in Berlin heftig umstritten

Berlin (dpa) – Das seit langem an der Berliner Humboldt-Universität geplante Islam-Institut kommt wegen eines heftigen Streits um seine Beiratsmitglieder nicht voran. Die liberale Moscheegründerin Seyran Ates forderte nun einen grundlegenden Neuanfang. Vertreter aller muslimischen Richtungen müssten einen Sitz in dem geplanten Institutsbeirat bekommen, erklärte Ates am 5. April in einer Mitteilung. „An den Tisch gehören alle oder keiner.“

An dem Institut für Islamische Theologie sollen vom Wintersemester 2018/19 an unter anderem Imame ausgebildet werden. Das Land Berlin stellt dafür bis 2022 insgesamt 13 Millionen Euro zur Verfügung. Ähnliche Einrichtungen gibt es bereits in mehreren anderen deutschen Städten.

Doch die Gründung scheiterte bisher an der Besetzung des Beirats, über den sich Land und Islamverbände nicht einigen konnten. Nach den Plänen des Berliner Senats sollten fünf – zum Teil erzkonservative – Islamverbände darin vertreten sein. Bisher haben allerdings nur die Schiitischen Ge-

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 15/2018 09. April 2018 - HOCHSCHULE

meinden den mühsam ausgehandelten Kooperationsvertrag unterschrieben.

Die anderen fordern Nachbesserungen. Zu ihnen gehört auch die wegen ihrer Nähe zur türkischen Regierung umstrittene Türkisch-Islamische Union (Ditib). Uneinigkeit herrscht besonders darüber, wer das entscheidende Stimmrecht bei der künftigen Berufung von Professoren hat.

Gründungsdirektor: Islamverbände sind nicht politikfähig

Muslime sind – anders als die christlichen Kirchen – nicht zentral organisiert, sondern werden durch verschiedene Verbände vertreten. Der Gründungsbeauftragte des Islam-Instituts, Michael Borgolte, warf den islamischen Verhandlungspartnern deshalb am 5. April vor, „nicht wirklich politikfähig“ zu sein.

In den Gesprächen habe es keine regulären Delegierten gegeben, immer wieder seien unterschiedliche Vertreter gekommen, oft nicht ausreichend eingearbeitet, kritisierte Borgolte. Wissenschafts-Staatssekretär Steffen Krach (SPD) hat die beteiligten Verbände für den 13. April zu einem Krisentreffen eingeladen.

Nach Ansicht von Ates muss bei der Besetzung des Gremiums die Vielfalt des Islam zum Ausdruck kommen. „Für mich gehören nicht nur die liberalen Muslime an den Tisch, sondern zum Beispiel auch die Ahmaddiyya, afrikanische und bosnische Gemeinden sowie Sufi-Vertreter“, sagte sie.

Die Rechtsanwältin und Frauenrechtlerin hat im vergangenen Jahr die liberale Ibn Rushd Goethe Moschee in Berlin gegründet. Nach Morddrohungen radikaler Islamisten lebt sie unter Polizeischutz.

Internet:

- Pressemitteilung zum geplanten Institut (2017) <http://dpaq.de/rsJ0L>
- Homepage Moschee <http://dpaq.de/8184c>
- Interview Berliner Zeitung mit Borgolte <http://dpaq.de/osDNb>

OLG Zweibrücken und Hochschule Kaiserslautern arbeiten zusammen

Zweibrücken (dpa) – Die bundesweit erste Zusammenarbeit eines Oberlandesgerichts mit einer Hochschule ist nach Angaben des rheinland-pfälzischen Wissenschaftsministeriums in Zweibrücken vereinbart worden. Wie das Ministerium mitteilte, unterzeichneten Wissenschaftsminister Konrad Wolf (SPD) und Justizminister Herbert Mertin (FDP) am 3. April einen Kooperationsvertrag zwischen der Hochschule Kaiserslautern und dem Oberlandesgericht Zweibrücken für den neuen Bachelor-Studiengang

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 15/2018 09. April 2018 - HOCHSCHULE

„Wirtschaft und Recht“. „Genau solche Kooperationen braucht unsere Hochschullandschaft in Rheinland-Pfalz. Alle Beteiligten werden davon profitieren“, sagte Wolf.

Die Studenten sollen unter anderem von Mitarbeitern des Oberlandesgerichts unterrichtet werden. Die Praktikerinnen und Praktikern der Gerichte sollen eine enge Verzahnung von Theorie und Praxis gewährleisten, sagte Justizminister Mertin. Der Studiengang startet im kommenden Wintersemester 2018/2019 am Standort Zweibrücken der Hochschule Kaiserslautern. Studieninteressierte können sich ab sofort bewerben.

Internet:

- Pressemitteilung des Wissenschaftsministeriums <http://dpaq.de/ah1wl>

Studierende und Gründer folgen auf Autobauer in Bochum

Bochum (dpa) – Nach dem Ende des Autobaus in Bochum sollen auf dem früheren Opel-Gelände kluge Köpfe und junge Ideen gefördert werden. Die Ruhr-Universität Bochum baut im ehemaligen Verwaltungsgebäude des Autobauers ein Zentrum für Wissenschaft, Technologie und Unternehmensgründung auf. Dafür sei am 5. April der Mietvertrag unterschrieben worden, der ab Herbst 2019 gelte, hieß es in einer Mitteilung der Hochschule.

Noch in diesem Monat soll das Gebäude für die Bedürfnisse der Universität umgebaut werden. Auf 6000 Quadratmetern soll vor allem Raum für angehende Gründer geschaffen werden. Studierende, die sich mit ihren Ideen und Entwicklungen selbstständig machen wollen, sollen in den Räumen und Laboren die Möglichkeit erhalten, Prototypen zu bauen, sich zu vernetzen und Technologien zu erproben.

Seit vor vier Jahren in Bochum der letzte Opel vom Band rollte, kümmern sich die Stadt und Opel darum, mit einer gemeinsamen Entwicklungsgesellschaft neue Unternehmen und Jobs für den Standort zu finden. So baut die Post DHL ein riesiges Paketzentrum. Außerdem will die Uni ein weiteres Forschungsgebäude realisieren, das ab 2021 Arbeitsplätze für 70 Forscher und ihre Mitarbeiter schafft.

Internet:

- Pressemitteilung <http://dpaq.de/n8sil>

Drei neue Professuren für documenta-Institut

Kassel/Wiesbaden (dpa) – Für das in Kassel geplante documenta-Institut werden drei weitere Professuren eingerichtet. Das Land Hessen stelle dafür im laufenden Jahr 180 000 Euro und ab 2019 dann 360 000 Euro bereit, teilte das Wissenschaftsministerium in Wiesbaden am 4. April mit. Mit dem Geld könne die Universität Kassel zusätzliche Professorenstellen schaffen, die dann Teil der neuen außeruniversitären Forschungseinrichtung werden sollen. Die bereits bestehende documenta-Professur erhielt im vergangenen Jahr die Österreicherin Nora Sternfeld.

Das documenta-Institut soll die weltweit bedeutendste Ausstellung für moderne Kunst wissenschaftlich und interdisziplinär erforschen und ihre Geschichte aufarbeiten. „Das große Besucherinteresse an der documenta 14 hat die ungebrochene Begeisterung für zeitgenössische Kunst gezeigt“, sagte Wissenschaftsminister Boris Rhein (CDU). Das documenta-Institut solle diese Begeisterung auch zwischen den Ausstellungen erhalten, die nur alle fünf Jahre organisiert werden.

Die Forschungseinrichtung soll in einem Neubau nahe der Uni Kassel untergebracht werden. Es handelt sich um ein Gemeinschaftsprojekt der Stadt, des Landes, der Universität und der gemeinnützigen documenta GmbH. Die Bau-Kosten werden auf 24 Millionen Euro geschätzt. Im Sommer sollen die Planungen konkret werden.

Studierende sollen Thüringern Lust aufs Wählen machen

Ilmenau (dpa) – Mit Plakaten, Anzeigen und Kampagnen für soziale Medien sollen Studierende der Technischen Universität (TU) Ilmenau helfen, die Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl in Thüringen 2019 zu steigern. In einem Wettbewerb unter 30 Studierenden der Angewandten Medien und Kommunikationswissenschaft soll das beste Konzept ausgewählt werden, wie die TU am 5. April mitteilte.

Die Studenten erarbeiten die Konzepte im Auftrag des Landtags. „Dabei sollen potenzielle Wähler motiviert werden, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen und damit aktiv am politischen Geschehen teilzunehmen“, sagte Landtagspräsident Christian Carius. Eine Jury aus Mitarbeitern des Landtags und der TU entscheiden über die besten Beiträge des Wettbewerbs.

Internet:

- Pressemitteilung der TU Ilmenau <http://dpaq.de/UOQWj>

SCHULE

NRW erprobt Schulleitung in Teilzeit

Düsseldorf (dpa) – Nordrhein-Westfalens Schulministerin Yvonne Gebauer (FDP) will neue Wege erproben, um den Schulleitermangel zu bekämpfen: Führungsverantwortung in Teilzeit. „In der heutigen Zeit muss es möglich sein – auch gerade für Frauen – dass sie Führungsaufgaben in Teilzeit übernehmen“, begründete Gebauer am 5. April in Düsseldorf ihren Vorstoß. Damit geht die FDP-Politikerin auf eine langjährige Forderung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) ein. Die früheren NRW-Führungsfrauen, Ex-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) und die damalige Schulministerin Sylvia Löhrmann (Grüne), hätten diese Forderung nicht umgesetzt, sagte die GEW-Landesvorsitzende Dorothea Schäfer der dpa. Vor allem beamtenrechtliche Bedenken hätten bislang blockiert, was etwa in skandinavischen Ländern längst möglich sei. Die Grünen monierten hingegen in einer Mitteilung, jetzt sei „zielgerichtetes Handeln gefragt, keine zaghaften Suchbewegungen“.

In NRW ist jede siebte der 5105 öffentlichen Schulen ohne regulären Leiter. Über alle Schulformen hinweg sind 707 Chefsessel und 939 Vize-Posten vakant. Bei den regulären allgemeinbildenden Schulformen haben Grund-, Haupt- und Realschulen besonders hohen Bedarf.

Pilotprojekt an fünf Grundschulen für fünf Jahre

Vom kommenden Schuljahr an soll zunächst an bis zu fünf Grundschulen des Regierungsbezirks Arnsberg die Leitung mit jeweils zwei Teilzeitkräften erprobt werden. Die Besonderheit: Um auf verschiedene Teilzeitbedürfnisse eingehen zu können, erhalten die teilnehmenden Schulen bis zu 20 Prozentpunkte Stellenzuschlag auf den Chefposten. Dadurch wären Aufteilungen 50:50 ebenso möglich wie 60:70 oder 80:40, erläuterte Gebauer.

Außerdem wird die Leitungszeit um zwei auf elf Stunden erhöht. Der Modellversuch ist zunächst auf fünf Jahre angelegt und soll vom Landesinstitut für Schule begleitet und ausgewertet werden. Ein vergleichbares Modell aus anderen Bundesländern ist weder dem Schulministerium noch der GEW bekannt. „Die Idee ist groß, aber die Teilnehmerzahl ist mit nur fünf Projektschulen klein“, meinte Schäfer.

Immerhin sind nach Angaben von Gebauer 91 Prozent der Grundschullehrer weiblich. „Um eine Ausweitung des Topsharing-Modells auf andere Regierungsbezirke zu ermöglichen, werden wir für den Haushalt 2019 zusätzliche Stellen anmelden“, kündigte die Ministerin an. Auch für andere Schulformen sei geteilte Leitung denkbar, sind sich Schulministerin und Gewerkschaft einig.

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 15/2018 09. April 2018 - SCHULE

Außerdem kündigte Gebauer an, 2019 mit dem Aufbau von Assistentenstellen zu starten, um Lehrer und Schulleiter von Bürokratie zu entlasten. 45 sollen es zunächst sein. Eine Zielmarke wollte die Ministerin noch nicht nennen – aus Sicht der GEW muss langfristig jede Schule eine Assistenz haben.

Die GEW-Landesvorsitzende Schäfer – selbst 27 Jahre als Lehrerin tätig – kennt den Nutzen aus eigener Erfahrung. „Ich war zuletzt an einer Gesamtschule in Unna, die eine Assistenz hatte – alle waren völlig begeistert.“ Es sei nicht nötig, dass Lehrer etwa Bundesjugendspiele organisierten, stellte die 63-jährige studierte Oberstufenlehrerin für Mathe und Physik fest.

Gebauer kündigte darüber hinaus spezielle Mentoren- und Fortbildungsprogramme an, um Führungskräfte frühzeitig zu identifizieren und zu fördern. „In der Wirtschaft sind das bewährte Instrumente, aber im öffentlichen Dienst der Schulen sind das Neuerungen“, kommentierte sie ihr „Attraktivitätspaket Schulleitung“.

Die Anmeldungen für Schulleitungsqualifizierungen seien binnen eines Jahres bereits um 30 Prozent gestiegen. Dies sei auch auf die jüngsten Besoldungserhöhungen für Leiter und ihre Stellvertreter an Grund- und Hauptschulen zurückzuführen. Schulleiter verdienen nach ihren Angaben seit 2017 beinahe 1000 Euro brutto mehr im Monat, ihre Vize haben seit Anfang 2018 bis zu 700 Euro mehr.

Expertin: Teilzeitschulleitung kann funktionieren

Köln – Das geplante Teilzeitschulleiter-Modell könnte nach Einschätzung einer Arbeitsmarktexpertin funktionieren – ist aber kein Selbstläufer. „Die beiden Pädagogen müssten das gesamte Kompetenzspektrum abdecken, sich von ihren Qualifikationen her gut ergänzen“, sagte Christiane Flüter-Hoffmann vom Institut der deutschen Wirtschaft (IW) der Deutschen Presse-Agentur in Köln. Weitere Voraussetzungen für gelingendes Jobsharing: „Die Chemie muss stimmen. Absprachen, Abläufe und Kommunikationsfluss müssen zwingend funktionieren.“

Sowohl in der Wirtschaft als auch im öffentlichen Dienst herrsche Führungskräfte-mangel, schilderte Flüter-Hoffmann, IW-Expertin für Arbeitszeit- und Personalpolitik. Eine Antwort darauf könnten gezielte Anreize für Frauen sein. Würden Führungspositionen in Teilzeit angeboten, sei das für viele topqualifizierte Frauen ein wesentliches Argument, besonders für Mütter und pflegende Angehörige. Für so manche Pädagogin gelte, dass sie nicht auf das Unterrichten verzichten und zudem die Verantwortung nicht alleine schultern wolle. Da könne Jobsharing gut passen.

Schulen wie Unternehmen sollten auch prüfen, ob sie die noch überwiegend starke Präsenzplicht lockern. Führungskräfte könnten viele Jobs gut

mobil erledigen. In jedem Fall sei es für öffentlichen Dienst und Wirtschaft wichtig zu klären, wie sie Frauen für Chefposten besser entgegenkommen könnten – auch bei Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Bettina Grönewald (Düsseldorf)

Niedersachsen ermöglicht Schulen späteren Unterrichtsstart

Hannover (dpa) – Niedersachsen stellt seinen Schulen frei, mit dem Unterricht auch zu einer späteren Uhrzeit zu beginnen. Das Land ermögliche den Schulen mit einem seit längerem bestehenden Regelwerk in dieser Frage eine große Flexibilität, sagte Kultusminister Grant Hendrik Tonne (SPD) der Deutschen Presse-Agentur in Hannover. „Die Regelung besagt, dass Schule nicht vor 7.30 Uhr beginnen soll. Es ist den Schulen überlassen, ob sie das nach hinten verlagern.“

Der späteste mögliche Schulbeginn sei in dem Erlass nicht festgelegt. Die Schule müsse aber im Blick haben, wie sie ihre Stundentafel umsetzen könne und den Ganzttag organisiere. „Erfahrungsgemäß macht ein Unterrichtsbeginn, der sich um 8.00 Uhr bewegt, schon Sinn“, sagte Tonne.

Schlafforscher raten dazu, den im europäischen Vergleich frühen Schulbeginn in Deutschland auf eine spätere Uhrzeit zu verlegen, da besonders Schüler in der Pubertät dann besser lernen könnten. In Nordrhein-Westfalen gibt es bereits Schulen, die mit einem Schulstart um 9.00 Uhr experimentieren. Das niedersächsische Kultusministerium hat keine Daten dazu, ob es Schulen im Land gibt, die auf einen späten Unterrichtsbeginn setzen.

GEW: Auf Arbeitsbeginn der Eltern Rücksicht nehmen

Ein späterer Schulstart erscheine vielen Menschen sicherlich grundsätzlich attraktiv, sagt dazu Christian Hoffmann, Sprecher der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). „Doch wie wird die Betreuung der Kinder am Morgen sichergestellt, wenn die Eltern zur Arbeit müssen?“ Dazu seien umfangreiche Änderungen im Tagesablauf aller Beteiligten nötig. Auch die Interessen der Beschäftigten müssten berücksichtigt werden.

Beim Schulleitungsverband begrüßt man zwar den Spielraum, den die Regelung des Kultusministeriums den Schulen lässt. Im Flächenland Niedersachsen sei aber vor allem die Schülerbeförderung ein Hindernis für eine flexiblere Gestaltung des Schulablaufs, so Sprecher Frank Stöber. „Grundsätzlich denken wir Schulleitungen, dass die Entscheidung gemeinsam mit

Eltern, Schülervvertretung und Kollegium getroffen werden muss.“ Wichtig sei ein gutes Ganztagskonzept, damit auch die frühen Zeiten sinnvoll genutzt werden könnten – beispielsweise für den Förderunterricht oder Arbeitsgemeinschaften.

„Der frühe Schulbeginn hat sich bewährt. Wir bekommen sonst morgens nicht genug Stunden untergebracht“, sagt dagegen Horst Audritz vom Philologenverband. Und die Erfahrung im Schulalltag habe gezeigt: Nach der Mittagspause sei der Unterricht in der Regel wenig effizient.

Doris Heimann (Hannover)

Tausende Schüler in Thüringen ohne Zeugnisnoten

Erfurt (dpa) – In 619 Klassen an Thüringer Schulen klaffen Lücken in den Zeugnissen der Schüler. Der Grund: Wegen Unterrichtsausfällen oder Vertretungsstunden bei fachfremden Lehrern konnten in diesen Klassen zum Halbjahr in einzelnen Fächern keine Zeugnisnoten erteilt werden. Besonders betroffen sind nach Angaben des Thüringer Bildungsministeriums Grund- und Regelschulen. Vor einem Jahr hatten noch 478 Klassen Lücken in den Halbjahreszeugnissen – fast 150 weniger als in diesem Jahr. Das geht aus Zahlen des Bildungsministeriums hervor. Ein Sprecher des Bildungsministeriums verwies am 5. April auf den strukturellen Lehrermangel in Thüringen.

Während es laut Ministerium für Gymnasien in großen Städten zu viele Bewerber gebe, fehlten angehende Lehrer vor allem für Grund- und Regelschulen. Dies bilde sich auch bei den fehlenden Zeugnisnoten ab. „Wenn wir eine geografische Auswertung hätten, würde sicher auch deutlich, dass es einen Schwerpunkt im ländlichen Raum gibt“, teilte der Sprecher mit.

Die Zahlen beziehen sich nur auf Grundschulen, Regelschulen, Gymnasien und Gemeinschaftsschulen, an Berufsschulen werden keine Halbjahreszeugnisse erstellt. Besonders groß ist der Mangel nach Ministeriumsangaben in den Fächern Kunst und Musik. An den Grundschulen sei vor allem der Religionsunterricht betroffen. Als Reaktion darauf wollen die katholische und die evangelische Kirche über einen gemeinsamen Religionsunterricht der beiden großen christlichen Kirchen nachdenken.

Viele Berliner Schulen mit hohem Migrantenanteil

Berlin (dpa) – An vielen Berliner Schulen sind Kinder mit ausländischen Wurzeln mittlerweile in der Überzahl. So liegt ihr Anteil an 158 von 359 Grundschulen bei mindestens der Hälfte. Das betrifft also 44 Prozent aller Grundschulen. An 27 dieser Schulen sprechen sogar mindestens 90 Prozent der Kinder nicht Deutsch als Muttersprache. Das teilte die Bildungsverwaltung auf eine Parlamentarische Anfrage der AfD mit.

Bei den Sekundarschulen ergibt sich ein ähnliches Bild. An 49 von 122 dieser Schulen (40 Prozent) hat mindestens die Hälfte der Kinder keine deutsche Herkunft. Auch bei 20 der 91 Gymnasien (22 Prozent) ist das der Fall.

In Neukölln und Mitte bis zu 75 Prozent der Schüler nichtdeutsch

Laut Übersicht lernen in den Bezirken Neukölln und Mitte – in denen bis zu 350 000 Menschen leben – besonders viele Kinder mit ausländischen Wurzeln. Dort gibt es zum Beispiel je 21 Grundschulen, an denen mindestens Dreiviertel der Schüler nicht Deutsch als Muttersprache sprechen. Betroffen sind jeweils fast Zweidrittel der Grundschulen in beiden Bezirken. In Pankow dagegen haben 36 von 42 Grundschulen weniger als 25 Prozent Schüler ausländischer Herkunft, die übrigen bis zu 50 Prozent.

Ein Kind nichtdeutscher Herkunft muss nicht zwingend schlecht Deutsch sprechen. Oft ist das aber so und sorgt besonders an Schulen mit einem hohen Anteil solcher Schüler für erhebliche Probleme. Laut Statistischem Landesamt hatten am 30. Juni 2017 knapp ein Drittel (31,8 Prozent) der in Berlin lebenden 3,7 Millionen Menschen einen Migrationshintergrund.

VORSCHULE

Niedersachsen und Hessen auf dem Weg zur gebührenfreien Kita

Hannover/Wiesbaden (dpa) – Für Niedersachsens Kultusminister Grant Hendrik Tonne ist die Sache klar. „Der gebührenfreie Besuch eines Kindergartens ist bildungspolitisch ein Meilenstein“, schwärmt der SPD-Politiker. Ab August 2018 will das Bundesland komplett auf Kita-Gebühren verzichten – so steht es im Koalitionsvertrag von SPD und CDU. Ähnliche Pläne noch für dieses Jahr gibt es auch in Hessen. In Rheinland-Pfalz und Berlin ist der Kita-Besuch schon gebührenfrei, andere Bundesländer wie Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg haben sie langfristig avisiert.

Auch der Bund will sich engagieren: Im Koalitionsvertrag der neuen Groko ist von mehr Geld für den Kita-Ausbau die Rede und von „Entlastung von Eltern bei den Gebühren bis hin zur Gebührenfreiheit“. Die Verantwortung für die Kitas liegt aber bei den Ländern. Denen fällt es nicht leicht, das Ziel der Beitragsfreiheit umzusetzen. Das zeigt sich gerade in Niedersachsen.

Wer sich bei der Stadt Osnabrück nach dem Eltern-Höchstsatz für den Kita-Besuch erkundigt, erfährt: momentan sind es 183 Euro, ab dem 1. August 192 Euro. Aber hat die Landesregierung nicht Beitragsfreiheit ab August versprochen? „Wir wissen ja noch nicht, wie es ausgeht“, sagt ein Sprecher der Stadt.

Denn noch streitet das Land mit den Kommunen, wie der Wegfall der Elternbeiträge finanziert werden soll. Acht Stunden Betreuung am Tag sollen künftig kostenlos sein. Bisher war nur das dritte Kita-Jahr gebührenfrei. 109 Millionen Euro hat Niedersachsen in seinem Nachtragshaushalt für 2018 eingeplant, im kommenden Jahr sollen es 270 Millionen sein.

Kommunen fürchten weitere Kosten

Den Kommunen schlug man einen Deal vor: Statt wie bisher 20 Prozent der Personalkosten will das Land zunächst 55 Prozent erstatten, bis 2021 dann 58 Prozent. Zu wenig, meint Marco Trips, Präsident des Niedersächsischen Gemeindebundes. „Ein Fünftel unserer Kommunen hätten dadurch keinen vollständigen Finanzausgleich.“ Auch müssten Lohnerhöhungen für das Kita-Personal in das Paket mit einbezogen werden, damit die Kommunen nicht immer mehr zubuttern. „Ich gehe von weiteren Gesprächen mit dem Land aus.“ Die mitregierende CDU hat nun eine Härtefall-Regelung für klamme Kommunen in die Debatte gebracht.

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 15/2018 09. April 2018 - VORSCHULE

In Hessen soll voraussichtlich Ende April ein Gesetzentwurf der Regierungsfractionen von CDU und Grünen zur Reform der Kita-Betreuung verabschiedet werden. Ab August soll die Betreuung für sechs Stunden am Tag beitragsfrei sein. Das dritte Kindergartenjahr ist schon jetzt gebührenfrei. Für die Reform stellt Schwarz-Grün im Doppelhaushalt 2018/2019 insgesamt 440 Millionen Euro bereit. Dazu kommen knapp 50 Millionen Euro für die Qualitätsverbesserung in den Kitas.

Auch der Chef des hessischen Städte- und Gemeindebundes, Karl-Christian Schelze, kritisiert, dass die angekündigte Unterstützung vom Land für die Kommunen von 135,60 Euro pro Monat und Kita-Kind nicht ausreiche. Das Problem beim Streit um die Kosten ist ein generelles. „Es gibt keine deutschlandweiten Untersuchungen, die zeigen, wie teuer ein Kita-Platz wirklich ist“, sagt die Bildungsexpertin des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Katharina Spieß. Elternbeiträge in unterschiedlicher Höhe, Anteile von Kommunen und Land – alles sei ein Flickenteppich.

Genauso unklar ist, ob die Beitragsfreiheit zu einem Ansturm auf die Kita-Plätze führen wird. Sowohl in Hessen wie auch in Niedersachsen gehen die kommunalen Spitzenverbände von einer gesteigerten Nachfrage aus – genaue Zahlen dazu gibt es aber nicht. Bildungsexpertin Spieß widerspricht. „Es ist ein Irrglaube, dass viele Kinder deshalb nicht in die Kita gehen, weil den Eltern die Gebühren zu hoch sind.“ Eine Studie des DIW zeigt: Bereits jetzt besuchen 98 Prozent der Fünfjährigen in Deutschland eine Kita, bei den Dreijährigen sind es 91 Prozent. Gewaltige Steigerungen sind da nicht mehr drin.

Kritiker: Vor allem besserverdienende Eltern werden entlastet

Experten streiten über die möglichen sozialen Effekte der Beitragsfreiheit. So hält die Ökonomin Spieß die von der Politik gefeierte gebührenfreie Kita für sozial ungerecht: Sie entlastet ihren Erkenntnissen nach vor allem die Besserverdienenden, da es in vielen Gemeinden für Familien mit geringem Einkommen jetzt schon reduzierte Kita-Sätze gebe. Laut DIW-Studie fallen bei 50 Prozent aller Familienhaushalte im unteren Einkommenssegment derzeit keine Kita-Ausgaben an – was entweder auf eine Befreiung von den Gebühren zurückzuführen ist oder darauf, dass die Kinder keine Kita besuchen.

Auch 100 Euro im Monat Kita-Gebühr seien bei kleinem Einkommen eine Belastung sagt dagegen Adolf Bauer, Präsident des Sozialverbandes Deutschland. „In den meisten Gemeinden sind Kitas nicht gebührenfrei. Die Gebührenfreiheit bringt daher eine Entlastung für einkommensschwache Familien.“ Bauer geht die Gebührenfreiheit von Kindergärten aber nicht

weit genug. „Sie müsste ergänzt werden durch eine flächendeckende Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern.“ Denn die sei vielerorts immer noch „mangelhaft“ – und das sei weiterhin eine große Belastung vor allem für berufstätige Mütter.

Doris Heimann (Hannover) und Andrea Löbbecke (Wiesbaden)

FDP: Qualität statt Besuchspflicht in Kitas

Berlin (dpa) – FDP-Generalsekretärin Nicola Beer hat eine bessere Vorbereitung der Jüngsten auf die Grundschule gefordert. Dafür brauche Deutschland bestens qualifizierte Erzieher mit ausreichend Zeit für die ihnen anvertrauten Kinder. Von einer Kindergartenpflicht in Deutschland nach französischem Vorbild hält Beer nichts. Die Diskussion gehe am Thema vorbei, sagte die bildungspolitische Sprecherin der Freidemokraten im Bundestag der Deutschen Presse-Agentur in Berlin. „Statt einer Besuchspflicht brauchen wir eine Qualitätspflicht“, forderte sie.

Hintergrund ist die jüngste Entscheidung der französischen Regierung, dass ab dem kommenden Jahr in unserem Nachbarland die Schulpflicht bereits ab drei statt ab sechs Jahren gelten wird – gemeint ist der Besuch der dem deutschen Kindergarten vergleichbaren „École maternelle“. Ziel ist es, mögliche Sprachschwierigkeiten zu mindern. Außerdem sollen die Kinder das soziale Miteinander lernen.

Beer sagte dazu, hierzulande sei eine derartige Pflicht überflüssig, denn die allermeisten Kinder über drei Jahre besuchten bereits einen Kindergarten – und im letzten Kindergartenjahr liege die Quote bei fast 100 Prozent.

Zum Mangel an Kindergartenplätzen in vielen deutschen Regionen sagte die frühere hessische Kultusministerin der dpa, die Städte und Gemeinden müssten sich – auch weil in Deutschland wieder mehr Kinder zur Welt kommen – auf diese wichtige Zukunftsaufgabe konzentrieren und „entschlossen dafür sorgen, daß es genügend Plätze gibt“. Da sei auch der Bund gefragt, sagte sie.

FDP will Erzieherinnen besser bezahlen und ausbilden

„Noch wichtiger aber: es fehlen Erzieherinnen und Erzieher, sogar im dramatischen Maße. Hier hilft nur eins, wir müssen den Beruf attraktiver machen.“ Dazu gehöre eine bessere Bezahlung, sagte sie. „Dazu zählt aber vor allem, daß wir im Gegensatz zu bisher die ersten drei Ausbildungsjahre für den Erzieherberuf wie bei anderen Berufen auch vergüten.“ Das halte viele davon ab, sich auf den Beruf überhaupt einzulassen.

Zu den Erziehungszielen im Kindergarten sagte Beer, Kinder müssten fließend Deutsch sprechen und verstehen, bevor sie auf die Grundschule kommen. „Sie müssen körperlich in der Lage sein, rückwärts zu gehen und Purzelbäume zu schlagen. Der Umgang mit einer Schere beim Basteln muss ihnen selbstverständlich sein. Und das Kind muss lernen, sich in einer Gruppe einzuordnen und einzubringen.“

Kita-Sprachförderung für Kinder greift nicht

Berlin (dpa) – Die in Berlin bestehende Kita-Pflicht zur Sprachförderung vor allem von Kindern mit ausländischen Wurzeln erweist sich als wenig wirksam. Neue Zahlen der Bildungsverwaltung belegen, dass nur ein Bruchteil der in Frage kommenden Kinder tatsächlich an Sprachprogrammen in Kindergärten teilnimmt.

Aus einer Antwort auf eine parlamentarische Anfrage des SPD-Abgeordneten Joschka Langenbrinck geht hervor, dass zwischen Ende Februar 2017 und Ende Februar 2018 gut 3000 Einladungen zur sogenannten Sprachstandsfeststellung an Familien versandt wurden, deren Kinder keine Kita besuchen. Nur 651 Kinder erschienen zum Sprachtest, 469 von ihnen fielen durch.

Diese sind nun eigentlich verpflichtet, in den 18 Monaten bis zur Einschulung eine Sprachförderung an einer Kita zu besuchen. Doch nur 56 taten das – also lediglich zwölf Prozent.

„Eine Gesellschaft scheitert, die es nicht schafft, Sprachvermittlung durchzusetzen“, sagte Langenbrinck am 5. April zu den Zahlen. „Ein Staat, der auf die Durchsetzung seiner Regeln verzichtet, verspielt den Respekt und die Glaubwürdigkeit. Die Verantwortungslosigkeit zwischen Senat und Bezirken muss aufhören.“

Kinder, die zum Zeitpunkt der Einschulung nicht richtig Deutsch können, haben nur wenig Zukunftschancen. Denn die Defizite können in der Schule kaum aufgeholt werden. Eine Sprecherin von Bildungs- und Familiensenatorin Sandra Scheeres (SPD) sagte, an der verpflichtenden Sprachförderung dürften keine Abstriche gemacht werden. Sprache sei der Schlüssel zur Bildung, für Chancengleichheit und Teilhabe. Die Bezirke müssten das umsetzen und könnten etwa Bußgelder verhängen.

Internet:

- Bildungsverwaltung zur Sprachförderung für Kinder <http://dpaq.de/EC4ig>

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 15/2018 09. April 2018 - TERMINE

TERMINE

April 2018

10. 7. Berliner Demografie-Forum zum Thema „Zukunft gestalten: Binnenwanderung und Migration in Europa“, Diakonie Deutschland, Allianz Deutschland AG und European School of Management and Technology (ESMT), Berlin, Info: <http://dpaq.de/veg2h>, (bis 11.)
10. Deutscher Kitaleitungskongress 2018, Verband Bildung und Erziehung, Leipzig, Info: <http://dpaq.de/zZ0hg>, (bis 11.)
10. Ausbilderkongress unter dem Motto „Bereit für die nächste Generation?!, Unternehmen intersyst (Ausbildungs-Ass 2017), Dresden, Info: <http://dpaq.de/DG1UI>
11. Auftakt zur Vorlesungsreihe „Redefreiheit“ mit Bundestags-Vizepräsidentin Claudia Roth zum Thema „Reden ist Silber, Freiheit ist Gold. Redefreiheit als Grundfeste unserer Demokratie“, Universität Köln, Info: <http://dpaq.de/GXtvV>
12. Verschmelzungskongress des Bundesverbands der Lehrerinnen und beruflichen Schulen e.V. (BLBS) und des Bundesverbands der Lehrer an Wirtschaftsschulen e.V. (VLW) zum BvLB, Berlin, Info: +49 (0) 30/ 40816650
12. Gemeinsame Frühjahrstagung der Sektionen Arbeits- und Industrie-soziologie sowie Wissenschafts- und Technikforschung der Deutschen Gesellschaft für Soziologie zum Thema „Arbeit und Technik revisited“, Berlin, Info: <http://dpaq.de/yq4p8> , (bis 13.)
12. Workshop zum Thema „Abwanderung und ihre Folgen für Westafrika“, Max-Planck-Institut für ethnologische Forschung, Halle, Info: <http://dpaq.de/Wv7j5> , (bis 13.)
13. Diskussionsveranstaltung zum Thema „Start-ups and Platforms: Regulating Labor in the Gig Economy“, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin, Info: <http://dpaq.de/qVye6>
13. 3. Clusterkonferenz der Ostbayerischen Technischen Hochschulen (OTH) Regensburg und Amberg-Weiden und Festakt 5 Jahre OTH-Verbund , mit Wissenschaftsministerin Marion Kiechle, Weiden, Info: <http://dpaq.de/yUi7C>
18. Deutsche Biotechnologietage 2018 – Nationales Forum für die Biotech-Branche, BIO Deutschland und Bundesministerium für Bildung und Forschung, Berlin, Info: <http://dpaq.de/l7Sh2> , (bis 19.)
18. Diskussionsveranstaltung zum Thema „Wie veränderungsfähig sind die Deutschen?“, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin, Info: <http://dpaq.de/MARkl>
19. Jahrestagung 2018 der Chinese-German-Chemical-Association (CGCA), Universität Köln, Berlin, Info: <http://dpaq.de/FKUPW>, (bis 22.)
23. Jahresversammlung der Hochschulrektorenkonferenz (HRK), Mannheim, Info: <http://dpaq.de/Z8ijj>

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 15/2018 09. April 2018 - TERMINE

24. Berliner Religionsgespräche zum Thema „Gott. Neue Götter? Neue Heilsversprechen?“, Berlin.-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, Verlag der Weltreligionen und Udo Keller Stiftung, Berlin, Info: <http://dpaq.de/HS3ec>
24. Mitgliederversammlung der HRK, Mannheim
24. Deutscher Kitaleitungskongress 2018, Verband Bildung und Erziehung, Berlin, Info: <http://dpaq.de/zZ0hg>, (bis 25.)
25. Frühjahrssitzung des Wissenschaftsrates, Trier, Info: +49 (0) 221 3776 246, (bis 27.)
25. Netzwerktagung der Alexander von Humboldt-Stiftung, Regensburg, Info: <http://dpaq.de/x0pcR>, (bis 27.)
26. Perspektiven ausloten beim Zukunftstag, die Universität Magdeburg lädt ein zum Girls Day und Boys Day. Zu dem bundesweiten Tag stellen sich die Fakultäten vor. Anmeldung ab 20. März nur online unter: www.ovgu.de/zukunftstag
27. Internationales Seminar zum Thema „Internationalisation and academic freedom“, Academic Cooperation Association (ACA), Athen, Info: <http://dpaq.de/bTZjq>

Mai 2018

- 02.. Verleihung des Preises „Kita des Jahres 2018“, Deutsche Kinder- und Jugendstiftung und Bundesfamilienministerium, Berlin, Info: <http://dpaq.de/Uwzsj>
02. BarCamp politische Bildung zum Thema „Inklusion in die digitale Gesellschaft“, Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e.V., Info: <http://dpaq.de/CbH1r>, (bis 4.)
07. Alexander von Humboldt-Professur, Verleihung des Internationalen Preises für Forschung in Deutschland, Berlin, Info: <http://dpaq.de/3y97K>, +49 228 833-144, (bis 9.)
09. Vorstellung des Projekts ARiA mit Roboter Präsentation und öffentlichem Workshop im Rahmen des Wissenschaftsjahres 2018 „Arbeitswelten der Zukunft“, Universität Siegen und Bundesministerium für Bildung und Forschung, Berlin, Info: <http://dpaq.de/ZApTo>
10. Symposium Bildung & Bewusstsein – Lehrerbildung der Zukunft zum Thema „Bilde Zukunft! Innere und äußere Strukturen einer neuen Lernkultur“, Akademie LernKulturzeit, Kreßberg, Info: <http://dpaq.de/19OmG>, (bis 13.)
14. Vergabe des Deutschen Schulpreises, Robert Bosch Stiftung und Heidehof Stiftung, Berlin, Info: <http://dpaq.de/wewqv>
16. Deutscher Stiftungstag, Bundesverband Deutscher Stiftungen, Nürnberg, Info: <http://dpaq.de/9jOy4>, (bis 18.)

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 15/2018 09. April 2018 - TERMINE

- 24. Ministerkonferenz der 48 Bologna-Staaten, um die zukünftige Ausrichtung des europäischen Hochschulraumes zu diskutieren, Für Deutschland: BMBF und KMK, Paris, Info: <http://dpaq.de/n4L0V> , (bis 25.)
- 24. Bundeswettbewerb „Jugend forscht“, Stiftung Jugend forscht e.V. und Merck, Darmstadt, Info: <http://dpaq.de/dHYTr> , (bis 27.)
- 28. Jahrestagung des Hochschulnetzwerkes Bildung durch Verantwortung zum Thema „Europa mitgestalten – Shaping the future of Europe“, Frankfurt University of Applied Sciences, Frankfurt/Main, Info: <http://dpaq.de/6Nc5x> , (bis 29.)
- 29. Verleihung des Heinz-Maier-Leibnitz-Preises 2018, Deutsche Forschungsgemeinschaft, Berlin, Info: <http://dpaq.de/4fU5t>
- 29. Fachtagung „Perspektive Begabung“: SMART“, Bildung & Begabung, Köln, Info: <http://dpaq.de/MbGIN>

Juni 2018

- 01.. Tagung zum Thema „Die Künste, die Politik und die allgemeine Bildung – Künstlerische Fächer an öffentlichen Schulen“, Universität der Künste Berlin und Deutscher Philologenverband, Berlin, Info: [+49 \(0\) 30. 3185-2449](tel:+4903031852449), (bis 2.)
- 07. 1. Forum Kinder- und Jugendhilferecht zum Thema „Der Rechtsstatus junger Menschen im Kinder- und Jugendhilferecht“, Wissenschaftszentrum Berlin, für Sozialforschung, Berlin, Info: michael.wrase@wzb.eu, (bis 8,)
- 11. Europäisches Politik-Seminar zum Thema „The impact of internationalisation – putting together the puzzle“, Academic Cooperation Association (ACA), Brüssel, Info: <http://dpaq.de/eAksO>
- 12. Deutscher Kitaleitungskongress 2018, Verband Bildung und Erziehung, Stuttgart , Info: <http://dpaq.de/zZ0hg>, (bis 13.)
- 14. 362. Kultusministerkonferenz, Erfurt, Info: +49 (0) 30 25418462, (bis 15.)
- 19. Strategietagung „Familienfreundliches Studium“ der Servicestelle Familienfreundliches Studium (SFS), Deutsches Studentenwerk, Berlin, Info: <http://dpaq.de/wQqEf>
- 19. Innovationsforum zum Thema „Zivile Sicherheit“, Bundesministerium für Bildung und Forschung, Berlin, Info: <http://dpaq.de/ZtJ2M> , (bis 20.)
- 26. Deutscher Kitaleitungskongress 2018, Verband Bildung und Erziehung, Augsburg , Info: <http://dpaq.de/zZ0hg>, (bis 27.)
- 27. Jahrestagung der Alexander von Humboldt-Stiftung, Berlin, Info: +49 228 833-144., (bis 29.)

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 15/2018 09. April 2018 - TERMINE

30. Festsitzung zum Leibniztag 2018 mit Verleihung der höchsten Auszeichnungen der Akademie, Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, Berlin, Info: <http://dpaq.de/6bvPQ>

Juli 2018

02. DFG-Jahresversammlung 2018 mit Verleihung des Communicator-Preises 2018 für herausragende Leistungen in der Wissenschaftskommunikation, Bonn, Info: +49 228 885-2665
04. Sommersitzung des Wissenschaftsrates, München, Info: +49 (0) 221 3776 246, (bis 6..)
10. Tagung zum Thema „Strategische Chancen und Handlungsfelder der Digitalisierung“, Zentrum für Wissenschaftsmanagement e.V., Hannover, Info: <http://dpaq.de/tohcP>, (bis 11.)

September 2018

11. Verleihung des Anneliese Maier-Forschungspreises und Fachkolloquium, Alexander von Humboldt-Stiftung, Berlin, Info: <http://dpaq.de/HU0ha> +49 228 833-144, (bis 13.)
19. Medienmesse und Fachtagung fraMediale zum Schwerpunkt „Schnittstellen – Interfaces des Digitalen“, Frankfurt/Main, Info: <http://dpaq.de/ZXLYo>
25. 52. Deutsche Historikertag an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, Motto: „Gespaltene Gesellschaften“. Partnerland werden die Niederlande sein. Info: www.historikerverband.de (bis 28.)

Oktober 2018

- 11.. 363. Kultusministerkonferenz, Berlin, Info: +49 (0) 30 25418462, (bis 12.)
17. Herbstsitzung des Wissenschaftsrates, Hannover, Info: +49 (0) 221 3776 246, (bis19..)
18. Festakt zum 200. Geburtstag der Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn mit Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, Bonn, Info: <http://dpaq.de/qzGCu>

Dezember 2018

- 04.. 79. Ordentliche Mitgliederversammlung des Deutschen Studentenwerkes, Berlin, Info: stefan.grob@studentenwerke.de
05. Internationale Konferenz Online Educa, Berlin, Info: <http://dpaq.de/wjQ8K> , (bis 7.)
06. 364. Kultusministerkonferenz, Berlin, Info: +49 (0) 30 25418462

INHALT (GESAMT)

AKTUELLES

Jeder Vierte bricht Lehre ab – DGB warnt vor abgehängter Generation	2
Projekt hilft perspektivlosen Jugendlichen	4
Zahl der Studenten ohne Abitur steigt weiter	5
Knapp jeder siebte Minderjährige auf Hartz IV angewiesen	7
Meldesystem für antisemitische Vorfälle an Schulen umstritten	8
Digitalministerin: Schüler brauchen Tablet, Sportsachen und Schulbrot	9
Sinti und Roma: Beiträge zur europäischen Kultur würdigen	10

KULTURPOLITIK

Kommunist und Kunstliebhaber – wo ist die Sammlung Fuchs?	11
Rubens-Gemälde oder Kochmaschine: Stiftung goes Internet	13
Streit um Erweiterung des Gutenberg-Museums entzweit die Mainzer	14
Deutsche Theater- und Orchesterlandschaft soll auf Unesco-Liste	16
Bayreuths Unesco-Welterbe öffnet wieder	17

BERUF UND WEITERBILDUNG

Pflege-Personalmangel: Spahn will mehr ausländische Fachkräfte	18
Polizeiberuf sehr gefragt – Bewerberrekord	19
Bildwörterbuch zum Gärtnerberuf vorgestellt	20
Deutschlandweit einmalig: eSport und Berufsausbildung kombiniert	21

FORSCHUNGSPOLITIK

EU investiert 650 Millionen Euro in Forschung	22
Eine Strickleiter für die Genforschung: 65 Jahre DNA-Struktur	22
Gemüsezüchtung in der Antarktis – und bald im All?	24
Kooperation Berlin/Paris bei Bienenschutz und künstlicher Intelligenz	26

HOCHSCHULE

Professuren sind in NRW eine Männer-Domäne	28
Gründung eines Islam-Instituts in Berlin heftig umstritten	29
OLG Zweibrücken und Hochschule Kaiserslautern arbeiten zusammen	30
Studierende und Gründer folgen auf Autobauer in Bochum	31
Drei neue Professuren für documenta-Institut	32
Studierende sollen Thüringern Lust aufs Wählen machen	32

SCHULE

NRW erprobt Schulleitung in Teilzeit	33
Niedersachsen ermöglicht Schulen späteren Unterrichtsstart	35
Tausende Schüler in Thüringen ohne Zeugnisnoten	36
Viele Berliner Schulen mit hohem Migrantenanteil	37

VORSCHULE

Niedersachsen und Hessen auf dem Weg zur gebührenfreien Kita	38
FDP: Qualität statt Besuchspflicht in Kitas	40
Kita-Sprachförderung für Kinder greift nicht	41

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 15/2018 09. April 2018 - INHALT (GESAMT)

TERMINE	42
INHALT (GESAMT)	46

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 15/2018 09. April 2018 - IMPRESSUM / RECHTLICHE HINWEISE

IMPRESSUM / RECHTLICHE HINWEISE

Impressum

dpa Deutsche Presse-Agentur GmbH

Geschäftsführer: Peter Kropsch (Vors.)
Matthias Mahn · Andreas Schmidt
Chefredakteur: Sven Gösmann
Aufsichtsratsvorsitzender:
David Brandstätter · Würzburg
Mittelweg 38
20148 Hamburg

Postfach 13 02 82
20102 Hamburg

Telefon: 040 4113-0
Telefax: 040 4113-32305
E-Mail: info@dpa.com

Eingetragen beim Handelsregister Hamburg,
HRB 68431

Ust-IdNR: DE 118543436

Inhaltlich verantwortlich:

Inhaltlich verantwortlich ist die jeweils auf Seite 1
genannte Person.

Anschrift der Redaktion:
dpa Deutsche Presse-Agentur GmbH
Zentralredaktion
Markgrafenstraße 20
10969 Berlin

Kontakt: siehe Seite 1

Hinweise

© dpa Deutsche Presse-Agentur GmbH.

Alle Inhalte dieser Ausgabe sind urheber- und
leistungsschutzrechtlich geschützt.
Jegliche Nutzung außer zur eigenen Information
ist ohne ausdrückliche Zustimmung der dpa un-
zulässig.

Dies gilt insbesondere für die ganze oder teilwei-
se Veröffentlichung, Vervielfältigung, Weitergabe,
Bearbeitung oder Einspeisung in elektronische
Systeme (z.B. Unternehmensnetze, Redaktions-
systeme oder Datenbanken).
Derartige Nutzungen sind ohne ausdrückliche
vertragliche Vereinbarung unzulässig und ver-
stoßen gegen geltendes Recht.

Alle Rechte bleiben vorbehalten.

Sollten Sie eine Ausweitung der Nutzungsrechte
wünschen, wenden Sie sich bitte an den dpa-
Vertrieb:

Telefon: +49 (0)40 4113-32521
Fax: +49 (0)40 4113-32539
E-Mail: dossiers-termine@dpa.com

Für inhaltliche Fragen steht Ihnen unsere Redak-
tion gern zur Verfügung.

Alle Angaben wurden mit größter Sorgfalt re-
cherchiert. Dennoch übernimmt die dpa Deut-
sche Presse-Agentur GmbH keine Haftung für
die Richtigkeit.